Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

2023

SICHERHEIT SCHWEIZ

Lageбericht des Nachrichtendienstes des Bundes

SICHERHEIT SCHWEIZ

Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

2023

Abbildung 1

SICHERHEIT IST NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

Leider ist die Welt nicht so, wie wir sie gerne hätten. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der Frieden selbstverständlich. Jetzt findet auf unserem Kontinent ein Angriffskrieg statt. Wir erleben eine epochale Wende: Eine solche Aggression hat es in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben.

Es herrscht Krieg in und um Europa. Die Konsequenzen sind global. Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz hat sich fundamental und nachhaltig negativ verändert. Die vertrauens- und kooperationsbasierte Sicherheitsarchitektur in Europa, so unvollkommen sie schon vor dem Februar 2022 war, ist zerstört worden. Die Beziehungen der westlichen Staaten zu einem Russland mit imperialen Ambitionen und reaktionären Ordnungsvorstellungen werden während Jahren oder gar Jahrzehnten konfrontativ bleiben. Die internationalen Beziehungen sind generell geprägt von Grossmächtespannungen und Blockbildung statt kooperativem, multilateralem Geist.

Auch die Schweiz muss sich auf die neuen Realitäten ausrichten. Wie tiefgreifend der laufende Umbruch auf unser Neutralitätsverständnis und die Schweizer Sicherheitspolitik einwirken werden, lässt sich derzeit noch nicht sagen. Unter Wahrung der Neutralität wollen wir jedenfalls die Kooperation mit der EU und Nato vertiefen, weil wir zur Sicherheit Europas beitragen wollen und das auch in unserem Sicherheitsinteresse liegt.

Der NDB befasst sich ständig mit dem Ukrainekrieg und anderen Krisenherden und Konflikten. Die Sicherheitslage in unserem Umfeld ist insgesamt instabiler, unübersichtlicher und unberechenbarer geworden. Terrorismus, gewalttätiger Extremismus, Cyberangriffe, Spionage und Proliferation bleiben aktuelle, teils akute Bedrohungen, die anhaltend nachrichtendienstliche Aufklärung und sicherheitspolitische Aufmerksamkeit verlangen.

Viola Amherd, Bundesrätin
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Abbildung 2

DER LAGEBERICHT IN KÜRZE

Russland hat die regelbasierte Friedensordnung in Europa zerstört. Internationale Foren zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit wie die UNO oder OSZE haben weiter an Wirkung verloren; eine stabile neue Weltordnung ist nicht absehbar. Die Rivalität der Grossmächte drückt der gegenwärtigen Übergangszeit den Stempel auf. Der Trend geht in Richtung einer bipolaren, von der Systemrivalität der USA und Chinas geprägten Weltordnung. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine bleibt vorerst der Fokus im sicherheitspolitischen Umfeld der Schweiz.

- Es ist unwahrscheinlich, dass bis Ende 2023 der Krieg Russlands gegen die Ukraine militärisch entschieden wird; es zeichnet sich ein langwieriger Konflikt ab.

- Die Ukraine bleibt existenziell abhängig von westlicher Unterstützung. Der westliche Druck auf die Ukraine, Verhandlungen mit Russland über einen Waffenstillstand aufzunehmen, dürfte mit zunehmender Kriegsdauer tendenziell zunehmen.

- Militärische Rückschläge in der Ukraine werden die russische Führung nicht von ihren Zielen abbringen. Sie ist im Kern bereit, den „Krieg gegen den Westen" noch lange weiterzuführen.

- Das Risiko einer militärischen Konfrontation zwischen Russland und der Nato ist seit Kriegsbeginn grösser geworden, auch wenn bisher sowohl die USA als auch Russland eine Ausweitung des Kriegs über die Ukraine hinaus zu vermeiden suchen.

- Das Risiko einer nuklearen Eskalation ist seit Februar 2022 erhöht. Russland wird wahrscheinlich immer wieder zumindest implizit, aber unmissverständlich mit Nuklearwaffen drohen. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass es in der Ukraine eine Nuklearwaffe einsetzen wird.

- Der Krieg gegen die Ukraine wird Russland gewaltige Kosten auferlegen, aber die Stabilität des Regimes ist bisher nicht ernsthaft gefährdet.

- Der Krieg stärkt den Trend in Richtung einer künftig wieder stärker bipolaren Welt: Europa bleibt strategisch von den USA abhängig. China ist daran, sich unter den gegen den sogenannten Westen eingestellten Staaten als Pol zu etablieren. Russland spielt in den chinesisch-russischen Beziehungen eine immer schwächere Rolle.

- In den USA könnte eine neue Präsidentschaft Donald Trumps oder eines anderen isolationistisch eingestellten Kandidaten 2025 wieder Unsicherheiten bezüglich des Engagements für Europa schüren.

- China und Russland wollen den Status quo der bestehenden Institutionen, Regeln und Normen umgestalten. Regionalmächte wie die Türkei, Indien oder Saudi-Arabien versuchen, ihren Handlungsspielraum auszudehnen. Im indopazifischen Raum definiert Japan China als „grösste strategische Herausforderung seiner Geschichte". In Afrika intensiviert sich das Ringen um Einfluss zwischen den westlichen Staaten und Russland beziehungsweise China.

- Taiwan wird weiterhin im Mittelpunkt der geostrategischen Spannungen zwischen China und den USA stehen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass China 2023 einen bewaffneten Konflikt mit Taiwan auslöst.

Die Bedrohungen der Sicherheit der Schweiz bleiben bestehen. Sie haben sich teils akzentuiert.

- Ein bewaffneter Angriff Russlands auf die Schweiz bleibt äusserst unwahrscheinlich.

- Die Terrorbedrohung der Schweiz bleibt erhöht und ist primär dschihadistisch geprägt. Das plausibelste Terrorszenario ist ein von einem dschihadistisch inspirierten Einzeltäter verübter Gewaltakt. Zunehmend spielen psychische Probleme oder persönliche Krisen beim Schritt zur Gewaltanwendung eine erhebliche Rolle.

- Rechtsextremistisch motivierte Terroranschläge wie jene 2019 in Christchurch (Neuseeland) und Halle (Deutschland) oder 2020 in Hanau (Deutschland) könnten sich in Europa häufen.

- Der gewalttätige Linksextremismus wird sich besonders beim Antifaschismus und in der Kurdenfrage engagieren. Es ist auch mit einer Zunahme direkter Gewalt gegen Menschen, namentlich gegen als dem Rechtsextremismus zugehörig angesehene Personen und gegen Sicherheitskräfte, zu rechnen.

- Ein harter Kern gewalttätiger Coronaextremistinnen und Coronaextremisten wird bestehen bleiben, indem je nach Aktualität weitere Themen in den Diskurs einbezogen werden. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass gewalttätige monothematisch-extremistische Szenen entstehen werden, die von einer schwachen thematischen Verankerung ebenso geprägt sein werden wie von einem Mischmasch der Ideologien und Ziele sowie von grosser Volatilität.

Die Bedrohung für kritische Infrastrukturen in der Schweiz bleibt erhöht:

- Kriminelle Gruppierungen versuchen mit Ransomware und dem Abfassen sensitiver Daten zu Geld zu kommen.

- Spillover-Effekte staatlicher Aktionen im Krieg gegen die Ukraine können indirekt zu Störungen, Teilausfällen oder temporären Begrenzungen kritischer Dienstleistungen in der Schweiz führen.

Die Bedrohung der Schweiz durch verbotenen Nachrichtendienst bleibt hoch:

- Die Bedrohung der Schweiz durch ausländische, hauptsächlich russische und chinesische Spionage bleibt hoch. Europaweit gehört die Schweiz unter anderem aufgrund ihrer Rolle als Gaststaat internationaler Organisationen zu den Staaten, in denen am meisten russische Nachrichtendienstangehörige unter diplomatischer Tarnung eingesetzt werden.

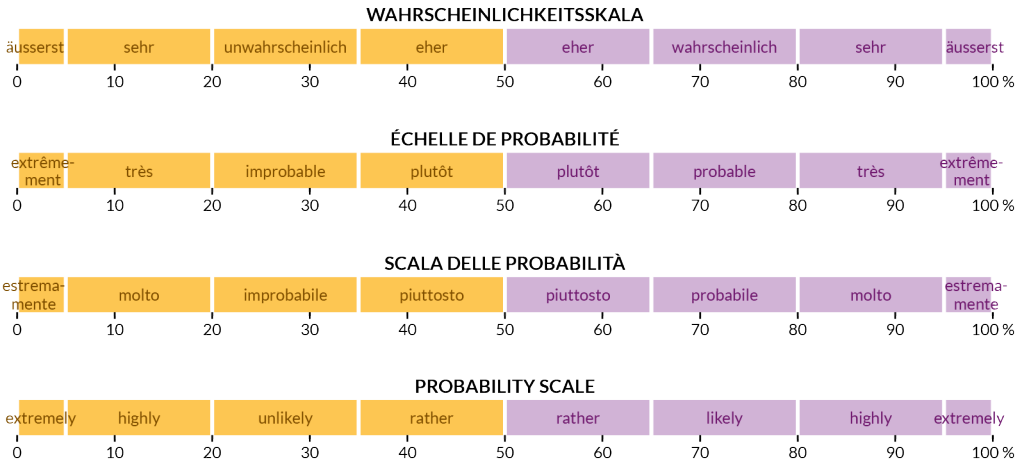
- Mit der Einsitznahme im UNO-Sicherheitsrat akzentuiert sich die Spionagebedrohung für Schweizer Personen, die die Dossiers und Themen des UNO-Sicherheitsrats betreuen, zur Entscheid-

findung beitragen und diese Entscheide in den Gremien und gegen aussen vertreten.

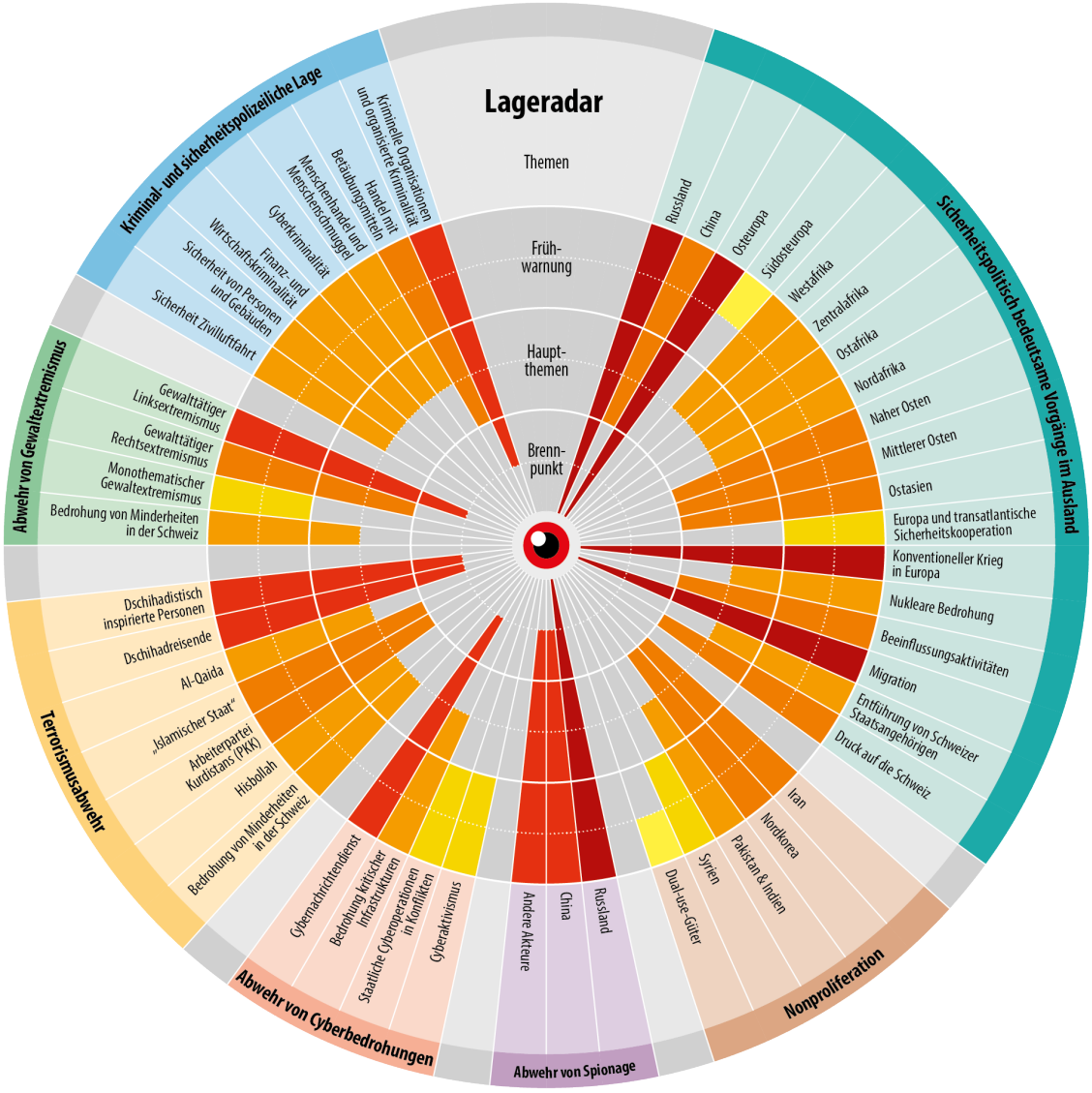
Bezüglich Proliferation steht Russland im Fokus:

- Der NDB will die Weitergabe von Gütern an Russland verhindern, die es zugunsten einer sanktionierten militärischen Verwendung einsetzen könnte. Weil Russland für die Beschaffung Firmen in der Eurasischen Wirtschaftsunion sowie in der Türkei und Indien nutzt, muss die Kontrolltätigkeit auf Regionen ausgeweitet werden, die zuvor kaum bearbeitet worden sind.

Übersicht über die in diesem Bericht verwendeten Wahrscheinlichkeitsangaben



Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB und des Bundesamtes für Polizei liegen. Auf Themen anderer Bundesstellen wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf deren Berichterstattung verwiesen.



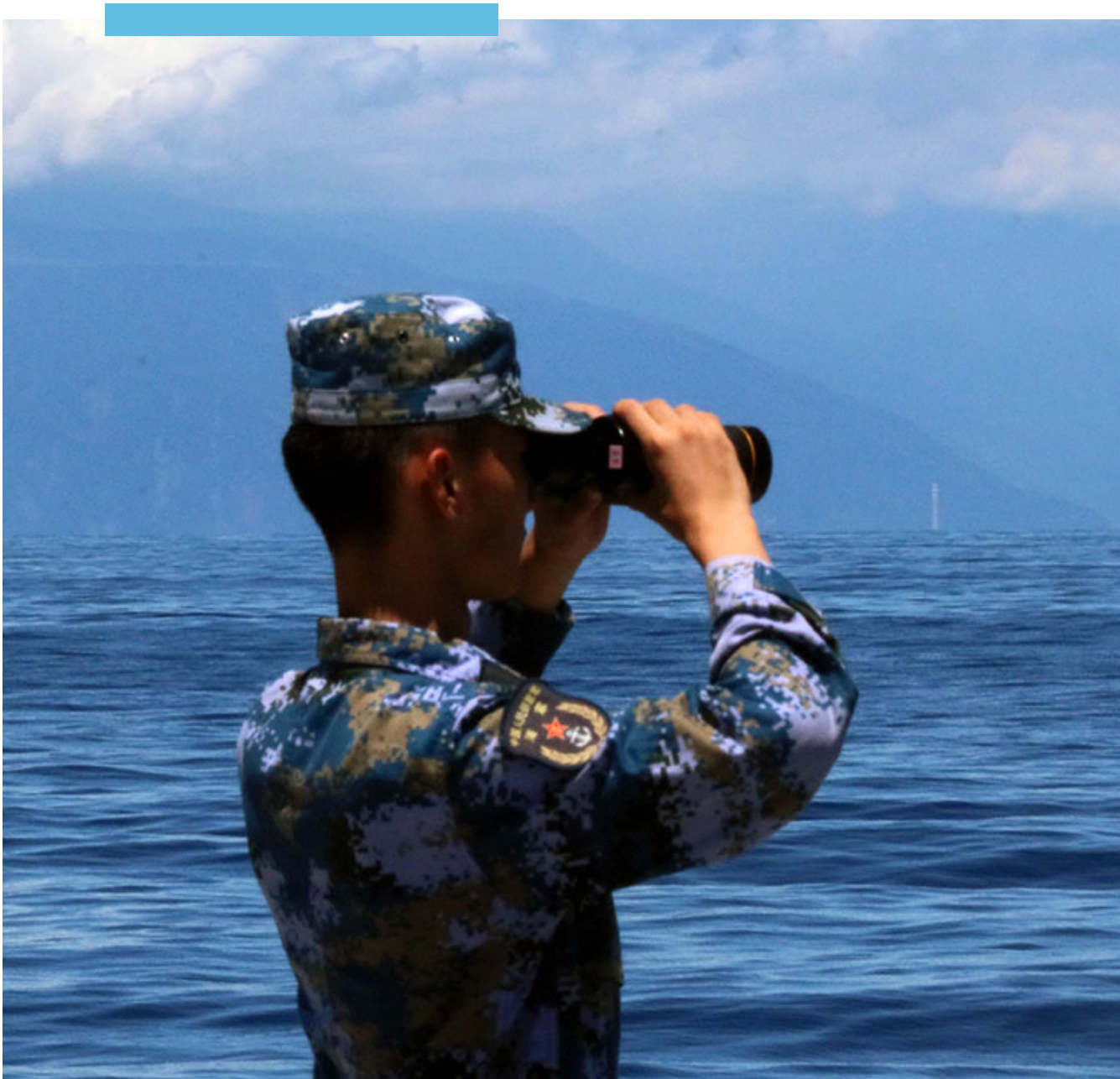


Abbildung 3

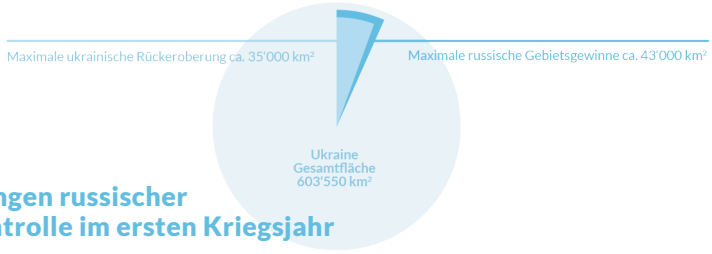
STRATEGISCHES UMFELD

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE: VOM GESCHEITERTEN STURM AUF KIEW ZUM ABNUTZUNGSKRIEG IN DER OSTUKRAINE

Das erste Jahr des russischen Kriegs gegen die Ukraine hat diverse Wendungen und neue Erkenntnisse gebracht. So unterschätzten westliche Nachrichtendienste und Militärexpertinnen und -experten anfangs sowohl den Widerstandswillen der Streitkräfte und der Bevölkerung der Ukraine als auch die westliche Bereitschaft, die Ukraine insbesondere mit Waffen zu unterstützen. Sichtbar wurden auch Unzulänglichkeiten der russischen Streitkräfte.

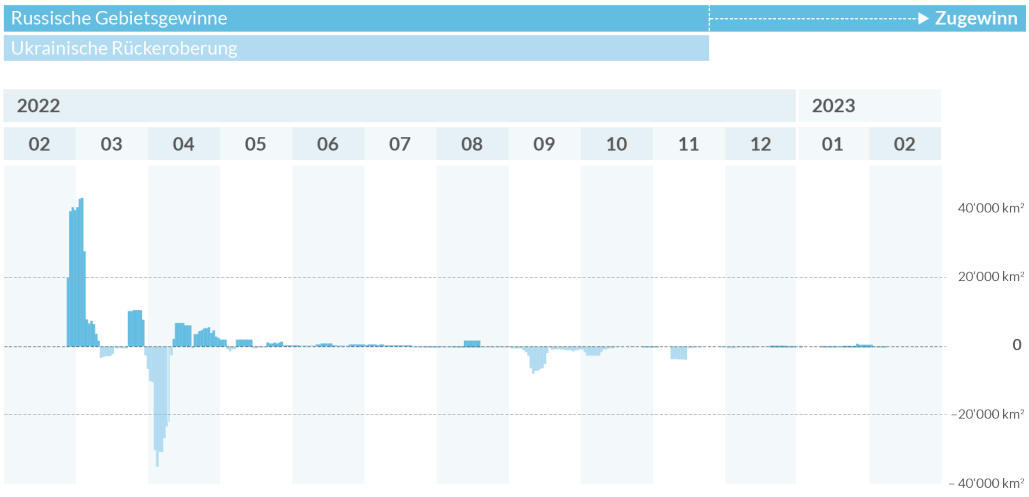
Die westliche Militärhilfe an die Ukraine umfasste zunächst zu einem grossen Teil Waffensysteme aus Zeiten der Sowjetunion. Seit Sommer 2022 beinhaltet sie aber technologisch überlegene und komplexere westliche Systeme. Die USA und andere westliche Staaten unterstützen die Ukraine zudem mit nachrichtendienstlichen Informationen und Aufklärungsdaten und sind zum Teil auch in die Operationsplanung involviert. Indem Lücken und Schwächen im russischen Dispositiv erkannt und geschickt ausgenutzt wurden, konnte die Ukraine im Herbst 2022 erfolgreich Gegenoffensiven durchführen.

Russland sah sich von den Entwicklungen auf dem Gefechtsfeld gezwungen, seine militärischen Ziele anzupassen und auf die Einnahme der Oblaste Luhansk und



Veränderungen russischer Gebietskontrolle im ersten Kriegsjahr

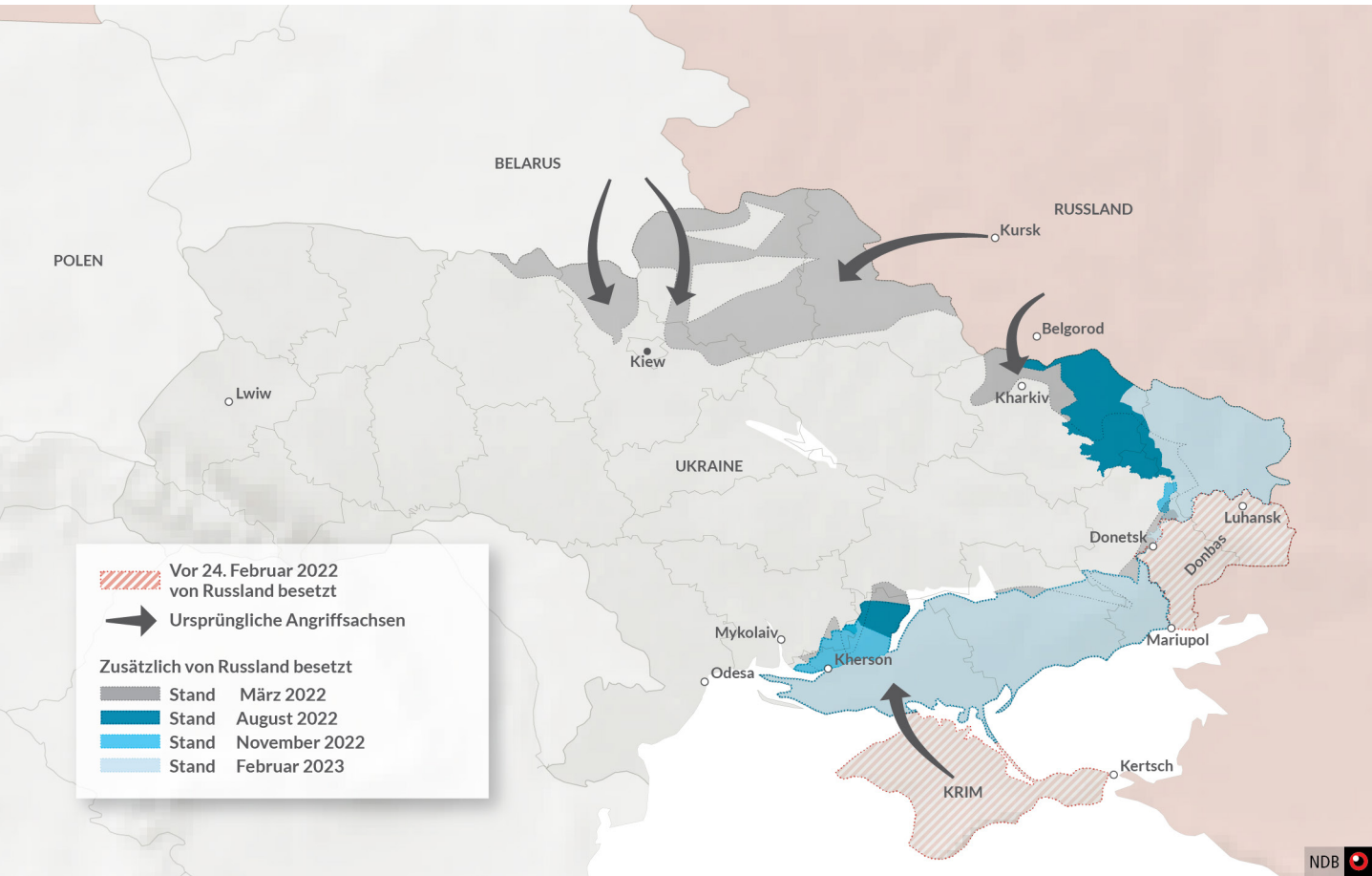
Abbildung 4



Donetsk sowie das Halten der besetzten Gebiete entlang der Schwarzmeerküste bis zum Fluss Dnipro zu beschränken. Die im September 2022 befohlene russische Teilmobilisierung führte vorübergehend zu einer Stabilisierung des Frontverlaufs. Der intensive Beschuss der ukrainischen kritischen Infrastruktur seit Oktober 2022, insbesondere des Energiesektors, erfolgt zum Teil mit Angriffsdrohnen aus iranischer Produktion. Damit sollen die russischen Bestände an weitreichenden Präzisionswaffen geschont werden.

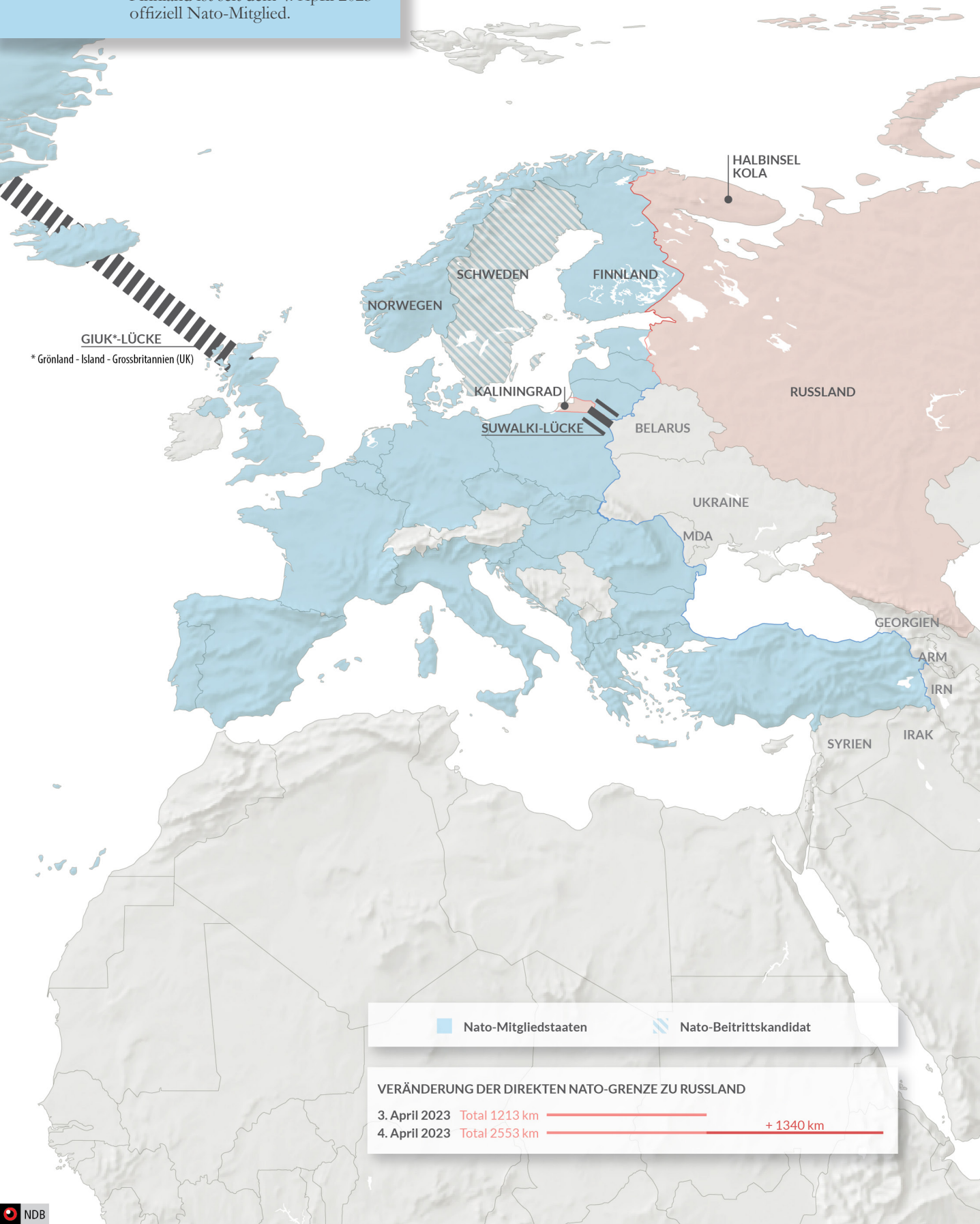
Mit zunehmender Dauer wurde die Wagner-Gruppe im Krieg gegen die Ukraine immer präsenter. Wagner ist seit 2014 in diversen Konfliktgebieten im Einsatz, unter anderem in Afrika. Dabei handelt die Gruppe nicht immer auf direkten Befehl des Kremls, aber im Sinn der russischen Machtpolitik. Verbindungen in den russischen Sicherheitsapparat sind nachgewiesen. Der Chef der Wagner-Gruppe, Jewgeni Prigoschin, hat zwar persönlich Kontakt zu Präsident Putin, aber kaum Einfluss auf strategische Entscheide.

Übersicht über die Angriffsachsen und die Gebietskontrolle im Krieg gegen die Ukraine im ersten Kriegsjahr



NATO-MITGLIED

Finnland ist seit dem 4. April 2023 offiziell Nato-Mitglied.



NDB

WIRKUNGSVERLUST INTERNATIONALER FOREN

Seit Februar 2022 prägt der russische Krieg gegen die Ukraine das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz. Die UNO und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben dadurch als internationale Foren kollektiver Sicherheit zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit weiter an Wirkung verloren. Der UNO-Sicherheitsrat ist in Bezug auf die Ukraine handlungsunfähig, da mit Russland ein ständiges Mitglied die UNO-Charta verletzt und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht.

EUROPA: MILITÄRISCH VERSTÄRKTE NATO-OSTGRENZE

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat die Geschlossenheit des westlichen Lagers vorerst gestärkt. Die USA bleiben für die Verteidigung Europas zentral und bilden auch künftig das Rückgrat der Nato. Die Nato ist 2022 von einer Abschreckung durch Stolperdraht zu einer robusten Abschreckung durch Vereitelung übergegangen: An der militärisch verstärkten Nato-Ostgrenze sollen künftig kampfbereite Kräfte eine russische Invasion abschrecken und, falls nötig, stoppen oder zumindest stark verlangsamen. Die Nato-Norderweiterung stärkt zudem die Glaubwürdigkeit, Legitimität und Attraktivität der Nato als Bündnis westlicher Staaten. Militärisch werden Finnland und, nach seinem Beitritt, Schweden eine wichtige Rolle bei der Verteidigung des Ostseeraums inklusive des Baltikums spielen.

USA: ROTE LINIEN HABEN SICH VERSCHOBEN

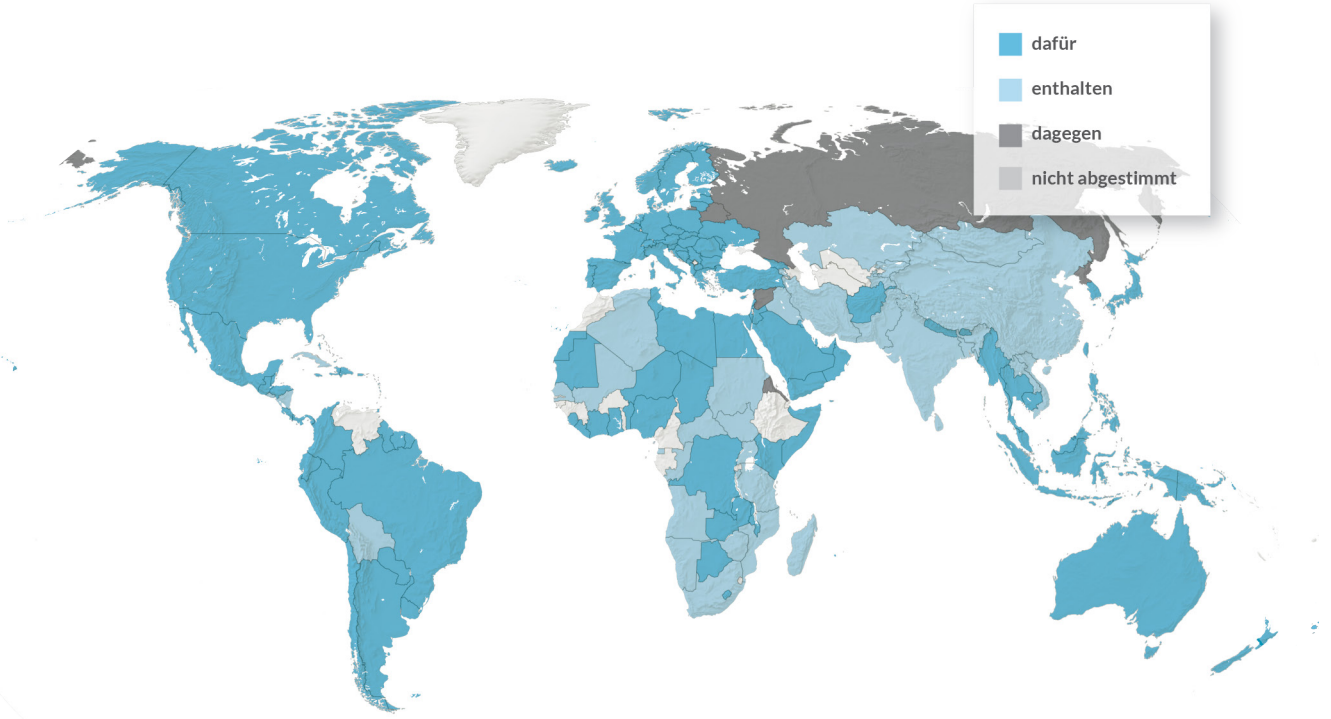
Seit Februar 2022 hat sich der symbolische Wert der Ukraine für die USA erhöht. Rote Linien der USA haben sich inzwischen verschoben, und die westliche Militärhilfe wurde sowohl umfangreicher wie auch qualitativ hochstehender. Auch wenn die USA über die Militärhilfe hinaus mit Sanktionen und Hightech-Embargos die russische Wirtschaft und die russischen Streitkräfte nachhaltig zu schwächen versuchen, ist die Hoffnung nicht, dass Russland implodiert oder auseinanderbricht. Ein Ringen verschiedener Machtgruppierungen oder ein Bürgerkrieg würde die Region auf Jahre hinaus destabilisieren. Die Beziehungen zwischen Russland und den USA werden nachhaltig konfrontativ bleiben. Abgesehen von Deconflicting-Kontakten wie etwa bezüglich Syrien oder nach der Kollision eines russischen Kampfjets mit einer US-Drohne über dem Schwarzen Meer gibt es wegen des offenen Antagonismus und des tiefsitzenden Misstrauens kaum mehr Raum für amerikanisch-russische Kontakte. Dies gilt auch für die Rüstungskontrolle.

RUSSLAND: IMPERIALISTISCHE ZIELE

Russland ist eine revisionistische Macht, die die Souveränität der ehemaligen Staaten der Sowjetunion infrage und imperialistische und territoriale Ambitionen in der Ukraine über eigene ökonomische Interessen stellt. Die Absichten gehen über die Ukraine hinaus. Russland will wie zu Sowjetzeiten die Kontrolle in Osteuropa, entweder durch territoriale Reintegration oder durch Dominanz in den Sphären Politik, Wirtschaft und Sicherheit. Zudem soll der Einfluss der USA und der Nato an der russischen Westflanke zurückgedrängt werden.

Die westlichen Sanktionen scheinen bisher auf die strategischen Ambitionen Russlands wenig Einfluss zu haben; auch ist das russische Bruttoinlandsprodukt 2022 weniger stark geschrumpft als erwartet. Dennoch machen sich die westlichen Sanktionen in verschiedenen Bereichen der russischen Industrie bemerkbar. Bisher am stärksten betroffen waren die stark von ausländischen Komponenten abhängige Automobilindustrie und der IT-Sektor. Die Schwachstelle der russischen Hardwarebranche ist die Produktion von Mikroprozessoren. Zudem haben grosse westliche Softwareanbieter wie Microsoft ihre Zusammenarbeit mit russischen Firmen eingestellt. Des Weiteren haben viele russische IT-Fachleute seit Kriegsbeginn das Land verlassen.

Verurteilung der Aggression Russlands gegen die Ukraine Abbildung 5
Abstimmung in der UNO-Generalversammlung vom 2. März 2022



CHINA: HAUPTHANDELSPARTNER RUSSLANDS

Das Ausmass der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine hat China überrascht. Es hat Russland jedoch de facto unterstützt und sich als Haupthandelspartner etabliert. China erhält einen wachsenden Anteil russischen Öls zu Vorzugspreisen. Es wägt seine Äusserungen zum russischen Krieg gegen die Ukraine allerdings ab und dürfte Russland nahegelegt haben, vom Einsatz von Atomwaffen abzusehen. Die materielle Unterstützung Chinas für den russischen Krieg gegen die Ukraine blieb bisher begrenzt.

CHINA: WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ZU WESTLICHEN STAATEN VITALER ALS ZU RUSSLAND

In China selbst war das Jahr 2022 von einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums geprägt, die sowohl auf die Nullcovidstrategie als auch auf strukturelle Schwächen des Landes zurückzuführen war. Unter dem Druck landesweiter Proteste musste die chinesische Führung ihre Nullcovidstrategie zwar aufgeben, doch bleibt die sozioökonomische Lage angespannt. Dies betrifft insbesondere junge Chinesinnen und Chinesen, die auf Wohlstand und soziale Anerkennung warten.

China betrachtet seine Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Staaten wahrscheinlich als vitaler als seine Partnerschaft mit Russland. Deshalb hat Präsident Xi Jinping 2022 seine Beziehungen zu europäischen Staaten gepflegt. Er strebt zudem an, strategische Wirtschaftspartnerschaften mit Staaten wie Saudi-Arabien zu entwickeln, die politisch affin sind und über strategische natürliche Ressourcen oder eine starke Finanzmacht verfügen. Im Mittleren Osten konnte China durch die erfolgreiche Vermittlung zwischen Saudi-Arabien und Iran seine Rolle in der Region stärken.

CHINA: BEZIEHUNGEN ZUM SYSTEMRIVALEN USA UND ZU TAIWAN

Präsident Xi will eine unkontrollierte Verschlechterung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen verhindern. Die Kommunikation mit den USA soll auf höchster Ebene beibehalten werden. Die USA ihrerseits haben aber gegenüber China offensive wirtschaftliche Massnahmen ergriffen, insbesondere im Technologiebereich. Auch die EU versucht, strategische Abhängigkeiten von China im Technologiebereich zu reduzieren, und ergreift Massnahmen, um negativen Konsequenzen externen Einflusses auf den Binnenmarkt entgegenzuwirken. Weitere amerikanische Restriktionen bezüglich kritischer Zukunftstechnologien werden sehr wahrscheinlich folgen.

China hat seine militärischen Einschüchterungsversuche gegen Taiwan verstärkt, und die Lage bleibt angespannt. Bei Krisen oder Provokationen wie dem Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses im August 2022 agieren beide Seiten sorgfältig kalibriert; so auch, nachdem die USA im Februar 2023 einen chinesischen Spionageballon abgeschossen hatten. Ein militäri-

scher Angriff Chinas auf Taiwan ist derzeit sehr unwahrscheinlich, sofern nicht aus chinesischer Optik rote Linien wie zum Beispiel eine Unabhängigkeitserklärung überschritten werden.

Taiwan bleibt der weltweit grösste Exporteur von Halbleitern und beherrscht 90 Prozent der Halbleiterproduktion der neusten Generation. Ein bewaffneter Konflikt um Taiwan würde zu einem Zusammenbruch oder einer starken Störung der Halbleiterversorgungskette führen, was alle Industriesektoren der Welt betreffen würde. Bereits eine Blockade Taiwans würde weltweit enorme Kosten verursachen.

IRAN: SCHULTERSCHLUSS MIT RUSSLAND IM KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Der russische Krieg gegen die Ukraine und die westlichen Sanktionen gegen Russland haben der iranischen Führung die Gelegenheit gegeben, die Beziehungen zu Russland sowohl politisch, wirtschaftlich als auch militärisch zu vertiefen. Iran bleibt hinsichtlich des Kriegs rhetorisch neutral, hat sich aber de facto an die Seite Russlands gestellt. Die Lieferung iranischer Drohnen zeigt, dass die iranische Führung sich selbst unter Inkaufnahme neuer westlicher Sanktionen als verlässlichen Partner Russlands profilieren will. Die beiden Staaten werden ihre sicherheitspolitischen Beziehungen sehr wahrscheinlich weiter ausbauen. Dies umfasst den Waffen- und Technologietransfer, den Informationsaustausch und die militärische Zusammenarbeit. Der Schulterschluss mit Russland geht mit einer Neuorientierung Richtung Osten einher.

Iran hat nicht nur seine Beziehungen zu Russland vertieft, sondern übt weiterhin Einfluss in der Region aus.

TÜRKEI: BRÜCKEN BAUEN ZWISCHEN RUSSLAND UND DER UKRAINE

Die Türkei hat sich seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 vermittelnd positioniert und insbesondere beim Abschluss eines Abkommens über die Ausfuhr von ukrainischem Getreide und russischen Lebensmitteln und Dünger zusammen mit der UNO eine zentrale Rolle gespielt. Das Nato-Mitglied hält die Beziehungen zu Russland und zur Ukraine aufrecht, ohne die eigenen geostrategischen Interessen in der Region zu gefährden. Die Türkei ist nach wie vor in zahlreiche regionale Konflikte wie zum Beispiel in Syrien, Libyen und im östlichen Mittelmeerraum involviert. Sie hat aber erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihre Beziehungen zu Staaten im Nahen und Mittleren Osten wie Israel, Ägypten oder die Vereinigten Arabischen Emirate zu verbessern oder zu normalisieren. Gleichzeitig hegt die autoritär regierte Türkei regionale Ambitionen und bereitet der Nato unter anderem bei der Norderweiterung Probleme.

AFRIKA: WACHSENDER EINFLUSS RUSSLANDS

Das Interesse der Grossmächte an Afrika hat infolge der Spannungen zwischen Russland und den westlichen Staaten zugenommen. Russland hatte aber schon zuvor grossen politischen Einfluss in Afrika, namentlich in Libyen, der Zentralafrikanischen Republik, im Sudan und in Mali. Der Einsatz der mit der russischen Führung verbundenen Wagner-Gruppe trägt dazu bei. In Mali nutzten Wagner-Kräfte 2022 den Abzug des französischen Militärs, um sich als unerlässlichen Partner des neuen Regimes zu etablieren. Burkina Faso rückte nach zwei Militärputschen und unter dem Eindruck der Bedrohung durch Dschihadisten ebenfalls enger an Russland.

Russland tritt in Afrika vermehrt als Gegenpol zu den USA und europäischen Staaten auf und verbreitet häufig erfolgreich sein Narrativ eines aggressiven Westens. Das Land entwickelt sich in Afrika zu einem politisch und militärisch relevanten Akteur, bleibt aber wirtschaftlich wenig relevant. Umgekehrt wird für Russland Afrika in der Positionierung gegenüber den westlichen Staaten wichtiger. Letztere versuchen, dem wachsenden Einfluss Russlands in Afrika entgegenzuwirken. Gleichzeitig haben namentlich europäische Staaten auch auf Afrika gesetzt, um sich aus der Energieabhängigkeit von Russland zu lösen. Mit Algerien sicherte dabei ausgerechnet ein langjähriger Partner Russlands zu, seine Erdgaslieferungen nach Europa deutlich zu erhöhen.

In Afrika selber haben autokratische Tendenzen zunehmenden russischen Einfluss ermöglicht. Demokratisch mangelhaft legitimierte Regimes nutzen die russische Unterstützung, um ihre Herrschaft gegen oppositionelle Bestrebungen und westlichen Druck abzusichern. Unabhängig von Russland hat der Autoritarismus auch in Tunesien stark zugenommen, wo Präsident Kais Saied demokratische Institutionen entmachtet und eine Verfassungsrevision erzwungen hat.

RUSSISCHER KRIEG GEGEN DIE UKRAINE: ABNUTZUNGSKRIEG OHNE AUSSICHT AUF BEIDSEITIG AKZEPTIERTES ENDE

Russland und die Ukraine befinden sich in einem Abnutzungskrieg mit variierender Intensität. Wegen sich gegenseitig ausschliessender Ziele zeichnet sich ein langwieriger Konflikt ab. Beide Seiten sind entschlossen, den Krieg beziehungsweise Abwehrkampf weiterzuführen; weder Russland noch die Ukraine streben derzeit eine Beilegung des Kriegs auf diplomatischem Weg an. Auch wenn die Abnutzung der militärischen Potenziale auf beiden Seiten beachtlich ist, ist es unwahrscheinlich, dass der Konflikt bis Ende 2023 militärisch gelöst werden kann. Die Ukraine ist existenziell abhängig von westlicher Unterstützung. Die ukrainischen Maximalziele (Abzug russischer Streitkräfte aus der Ukraine, einschliesslich Krim und Ostukraine) unterscheiden sich dabei vom amerikanischen Hauptinteresse, der Vermeidung einer Eskalation zum Nato-Russland-Krieg: Der westliche Druck auf die Ukraine, Waffenstillstandsgespräche und Verhandlungen über ein Kriegsende aufzunehmen, dürfte mit zunehmender Kriegsdauer tendenziell zunehmen.

Nicht nur der Ukraine und den westlichen Staaten, sondern auch Russland wird der Krieg grosse finanzielle Kosten auferlegen. Das russische Staatsbudget wird 2023 stark strapaziert und muss mit Finanzreserven alimentiert werden, die in den Jahren zuvor angehäuft worden sind. Die Stabilität des Regimes wurde aber bisher nicht gefährdet; der staatliche Repressionsapparat ist intakt und eine politische Opposition ist de facto in den letzten Jahren zerschlagen worden. Die Unterdrückung wurde immer systematischer und Kritik wurde in Russland illegal gemacht.

Militärische Rückschläge in der Ukraine werden die russische Führung nicht von ihren Zielen abbringen. Das gilt sowohl für die Ziele in der Ukraine wie für die gesamte angestrebte Einflusssphäre. Der innerste Führungszirkel ist bereit, den „Krieg gegen den Westen“ noch lange weiterzuführen.

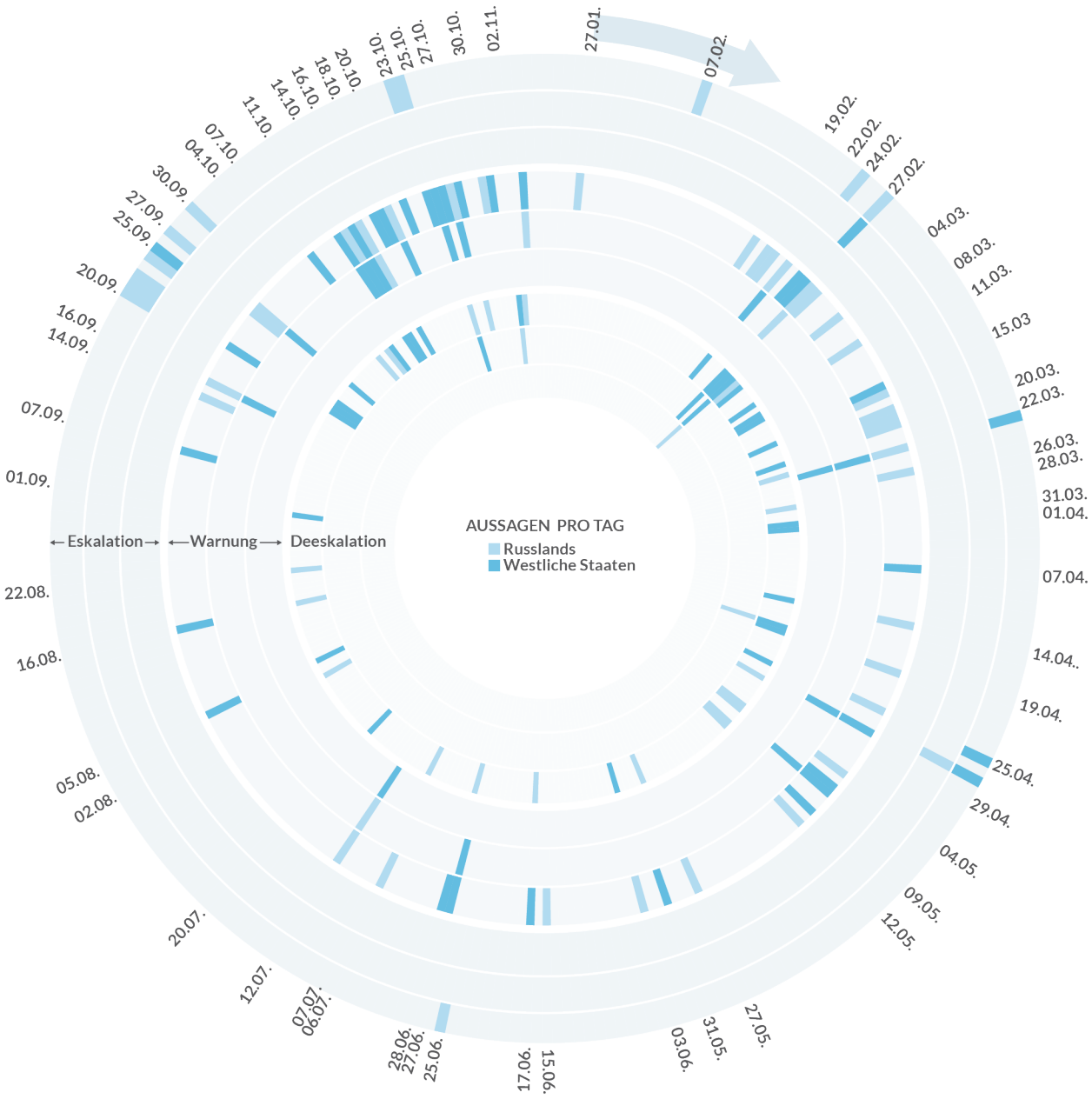
KRIEG IN EUROPA UND DAS NUKLEARE ESKALATIONSRISIKO

Der Krieg gegen die Ukraine ist der grösste Bodenkrieg in Europa seit 1945 und involviert mit dem Aggressor auf der einen und dem wichtigsten Unterstützer mit militärischer Hilfe an die Ukraine auf der anderen Seite die Grossmächte Russland und USA. Damit ist das Risiko einer militärischen Konfrontation zwischen Russland und der Nato mit gravierenden Eskalationsrisiken und letztlich potenziell verheerenden Konsequenzen im sicherheitspolitischen Umfeld der Schweiz seit Kriegsausbruch grösser geworden. Ein bewaffneter Angriff Russlands auf die Schweiz bleibt aber äusserst unwahrscheinlich.

Das Risiko einer nuklearen Eskalation ist seit Kriegsbeginn erhöht. Nachdem sowohl die USA als auch China Russland im Herbst 2022 vor den Konsequenzen eines russischen Atomwaffeneinsatzes gewarnt haben, entfalten Präsident Putins Nukleardrohungen bisher mit Blick auf die westliche militärische Unterstützung der Ukraine sowie ukrainische Gegenof-

NUKLEARES ESKALATIONSRISIKO

Anzahl Aussagen westlicher Staaten und Russlands sowie deren Intention in der Periode vom 27. Januar 2022 bis zum 2. November 2022



AUSSAGEN NACH ESKALATIONSSTUFE

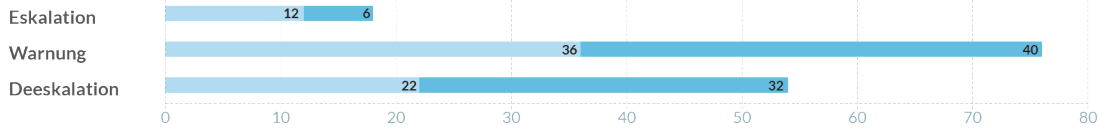


Abbildung 6

fensiven nur geringe Wirkung. Russland wird zwar weiterhin nukleare Drohungen aussprechen, es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass Russland in der Ukraine eine Nuklearwaffe einsetzen wird. Die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes würde erst dann steigen, wenn sich Russland als Folge des Ukrainekriegs existenziell bedroht sähe.

ÜBERGANGSZEIT: VOLATILITÄT, UNVORHERSEHBARKEIT UND UNSICHERHEIT

Der unprovozierte und völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit der anschliessenden Besetzung und Annexion von Territorium eines unabhängigen Staats markiert einen Bruch von globaler Bedeutung: Russlands militärische Aggression hat die bereits seit spätestens 2008 erodierende regelbasierte Friedensordnung in Europa zerstört. Die Konzeption eines einheitlichen europäischen Raums der Kooperation und Sicherheit unter Einschluss Russlands ist gescheitert.

Was folgt, ist eine von Volatilität, Unvorhersehbarkeit und Unsicherheit sowie von traditionellen und neuen Bedrohungen gekennzeichnete Übergangszeit. Eine stabile neue Weltordnung ist nicht absehbar. Die gegenwärtige Phase ist geprägt von der Rivalität der Grossmächte USA, China und Russland und von der Herausbildung zweier antagonistischer Blöcke: Die westlichen Staaten verteidigen den Status quo der bestehenden Institutionen, Regeln und Normen gegen China, Russland und Staaten wie Nordkorea und Iran, die diese fundamental herausfordern und umgestalten wollen. Regionalmächte wie die Türkei, Indien und Saudi-Arabien versuchen zudem, ihren eigenen Handlungsspielraum auszudehnen. Zudem wollen etliche nichtwestliche Demokratien wie Südafrika oder Brasilien keine Gestaltungs- und Deutungsdominanz des „Westens“.

USA VERSUS CHINA: VERSTÄRKTE BLOCKBILDUNG

Der Krieg gegen die Ukraine stärkt den Trend in Richtung einer künftig wieder bipolar geprägten Weltordnung: Der Systemwettbewerb mit den Hauptkonkurrenten USA und China wird dem laufenden Jahrzehnt den Stempel aufdrücken. Auch Handelsbeziehungen bei Technologie und Energie folgen immer mehr der sicherheitspolitischen Logik einer Blockbildung, die Hand in Hand geht mit dem Entstehen getrennter Normenräume.

Vornehmlich die USA treiben die westliche Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine an. Europa bleibt strategisch von den USA abhängig. Von strategischer Autonomie ist die EU trotz steigenden Verteidigungsausgaben weit entfernt. Hingegen ist es ihr gelungen, innert Monaten die Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern deutlich zu reduzieren.

Ein strategisches Umdenken hat im indopazifischen Raum stattgefunden: Japan definiert in seiner neuen Sicherheitsstrategie China als „grösste strategische Herausforderung seiner Geschichte". Es baut seine militärische Verteidigungskapazität gegenüber China und der wachsenden Bedrohung durch Nordkorea erheblich aus. Japan wird damit für die USA zu einem noch wichtigeren Allianzpartner im geopolitischen Ringen mit China.

Gleichzeitig ist China daran, sich unter den gegen „den Westen" eingestellten Staaten als Pol zu etablieren. Russland spielt in der chinesisch-russischen Allianz eine immer schwächere Rolle. Präsident Xi Jinping erwähnte am 20. Parteitag der chinesischen Kommunistischen Partei in seiner Vision einer globalen Ordnung Russland mit keinem Wort. Am Moskauer Gipfel feierten die Präsidenten Putin und Xi im März 2023 die „historische Freundschaft" zwischen ihren Ländern. Das Treffen führt aber wahrscheinlich nicht zu einer Kooperation Chinas mit Russland, die signifikant über die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinausgehen würde. Ferner bleibt Chinas Fähigkeit, eine friedliche Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts herbeizuführen, höchst ungewiss.

USA: UNGEWISSHEIT ÜBER KÜNFTIGES ENGAGEMENT IN EUROPA

Seit der Präsidentschaft Barack Obamas planen die USA ihre strategische Ausrichtung auf den indopazifischen Raum. Auch die Nationale Sicherheitsstrategie der Biden-Administration vom Oktober 2022 betont, dass China in der amerikanischen Sicherheitsstrategie zentral ist. Die USA versuchen zudem, die Nato stärker auf die Herausforderung China auszurichten. Über die Präsidentschaft Joe Bidens hinaus ist es auch vor dem Hintergrund innenpolitischer Trends ungewiss, inwiefern die USA ihr Engagement in Europa aufrechterhalten werden. Eine neue Präsidentschaft Donald Trumps oder eines anderen isolationistisch eingestellten Kandidaten 2025 könnte wieder Unsicherheiten bezüglich des Engagements für Europa schüren. Die USA werden von ihren europäischen Verbündeten noch mehr als bislang verlangen, mehr Verantwortung für die Sicherheit in Europa zu übernehmen.

CHINA: DOMINANTE ROLLE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI UND PRÄSIDENT XIS

Der wiedergewählte Präsident und Parteivorsitzende Xi Jinping ist bestrebt, die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei in allen Institutionen und in der Gesellschaft Chinas zu stärken. Deren Ideologie stellt die Verteidigung der kollektiven Interessen Chinas über persönliche Freiheiten und verleiht Partei und Staat ein Recht auf Einmischung in die Privatwirtschaft. Sie stellt China de facto in eine Systemrivalität mit den westlichen Staaten und macht die Wiedervereinigung Taiwans mit dem chinesischen Kontinent zu einem zentralen Ziel der Nation. Mit diesen Leitlinien wird sich der Systemkonflikt zwischen den USA und China verschärfen.

China hat Ambitionen hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Innovationskraft bei Zukunftstechnologien. Mehrere Faktoren werden deren Verwirklichung bremsen: Die Verschuldung öffentlicher Unternehmen und der Regionen, die Immobilienspekulation, die Schwerfälligkeit der Verwaltung, Korruption und amerikanische Handelshindernisse für Technologie. Darüber hinaus ist China, dessen Bevölkerung 2022 zum ersten Mal seit 60 Jahren abgenommen hat, mit starken sozialen Ungleichheiten und einem angespannten Arbeitsmarkt konfrontiert. Davon sind ins-

besondere junge Chinesinnen und Chinesen betroffen. Dies wird in den nächsten Jahren die grösste politische Herausforderung für Präsident Xi darstellen. Das Regime wird daher seine technologischen Mittel zur Kontrolle der Bevölkerung weiter ausbauen und seine autoritäre Sinisierungspolitik gegenüber Tibetern und Uiguren fortsetzen.

Taiwan wird weiterhin im Mittelpunkt der geostrategischen Spannungen zwischen China und den USA stehen. Hinzu kommt in der Wahrnehmung Chinas die Angst vor einer zunehmenden Feindseligkeit Japans. Angesichts der starken amerikanischen Unterstützung für Taiwan und der Verdoppelung des japanischen Verteidigungshaushalts wird sich China auf die Entwicklung seiner Militärmacht konzentrieren. Es wird aber seine Einschüchterungsversuche gegenüber Taiwan fortsetzen. Jedoch ist es nach wie vor sehr unwahrscheinlich, dass China 2023 einen bewaffneten Konflikt mit Taiwan auslöst. Dazu fehlen ihm immer noch militärische Mittel und operative Fähigkeiten. Militärische Spannungen gibt es zudem im Himalaya mit Indien sowie im Südchinesischen Meer.

Abbildung 7

Eröffnungszeremonie des 20. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, Peking, 16. Oktober 2022

TÜRKEI: BALANCEAKT ZWISCHEN DEN WESTLICHEN STAATEN SOWIE RUSSLAND UND CHINA

Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wird das hundertjährige Bestehen der Republik die türkische Innen-, aber auch Aussenpolitik bestimmen. Die wirtschaftliche Lage wird wegen hoher Inflation und der schwachen Lira fragil bleiben. Die wichtigsten Aktionszentren der Regionalmacht werden wahrscheinlich weiterhin der östliche Mittelmeerraum und Syrien bilden. Dabei wird die Türkei ihre Versuche fortsetzen, den eigenen Handlungsspielraum und die eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen beziehungsweise auszudehnen. Die Türkei wird ihre Beziehungen zu den westlichen Staaten aufrechterhalten wollen, aber gleichzeitig versuchen, die Beziehungen zu Russland und China zu stärken.

IRAN: NICHT UNMITTELBAR REGIMEGEFÄHRDENDE PROTESTE

Ein Teil der iranischen Bevölkerung wird punktuell weiter gegen das Regime protestieren. Die Protestbewegung stellt das Regime vor eine grosse, aber nicht unmittelbar existenzielle Herausforderung. Die dadurch verstärkte Legitimitätskrise oder der Tod des geistlichen Oberhaupts könnten jedoch zu Machtverschiebungen im Machtapparat führen.

Ein grosser Teil der iranischen Diasporagemeinschaft im Ausland, auch in der Schweiz, unterstützt die Proteste und fordert einen Regimewechsel. Insbesondere mit Blick auf Aktionen der iranischen Diasporagemeinschaft argumentiert das iranische Regime, dass die Proteste vom Ausland geschürt würden. Vor diesem Hintergrund werden die Aktivitäten iranischer Nachrichtendienste gegen die Diasporagemeinschaft wahrscheinlich auch in der Schweiz weiter zunehmen.

AFRIKA: INTENSIVIERTES RINGEN UM EINFLUSS

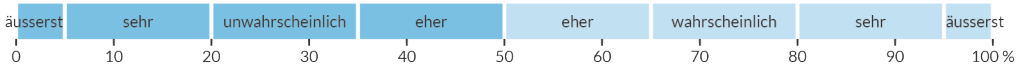
Das Ringen zwischen Russland und den westlichen Staaten um Einfluss in Afrika wird sich fortsetzen oder gar intensivieren. Auch China nutzt sein ökonomisches und finanzielles Potenzial dafür, um sich als Akteur in Afrika weiter zu etablieren.

Insbesondere in Burkina Faso könnte die Wagner-Gruppe in eine ähnliche Rolle als Stütze des Regimes hineinwachsen wie in Mali. Die westlichen Staaten, namentlich Frankreich und die USA, werden jedoch wahrscheinlich bestrebt sein, die Wagner-Kräfte auf dem afrikanischen Kontinent zurückzudrängen. Die Beendigung des Wagner-Einsatzes könnten die westlichen Staaten insbesondere im bürgerkriegsgeplagten Libyen anstreben. Hier stellt die russische Präsenz eine besondere Bedrohung dar, weil das Land reich an Erdöl und Erdgas ist. Zudem liegt es strategisch bedeutsam im Umfeld Europas, so zum Beispiel hinsichtlich Migrationsrouten oder Energieversorgung.

Der Wettstreit um westliche Investitionen dürfte vermehrt den Bereich der erneuerbaren Energie betreffen. Mehrere afrikanische Staaten bieten sich aufgrund geografischer Vorzüge als Standort an. Dies birgt auch regionales Konfliktpotenzial. Die Beziehung zwischen den nordafrikanischen Nachbarn Marokko und Algerien bleibt indes vor allem wegen des Streits um den politischen Status der Westsahara belastet. Forciert Marokko die Westsahara-Frage, droht eine bewaffnete Eskalation. Auch der letzte Hoffnungsträger des arabischen Frühlings, Tunesien, trägt dazu bei, dass Nordafrika ein Unruheherd bleibt: Erreicht die Opposition gegen den autokratischen Präsidenten Saied eine kritische Masse, droht die Lage in Gewalt umzuschlagen.

Die Verstärkung autoritärer Tendenzen in Afrika wird in Kombination mit geringem Verfolgungsdruck wahrscheinlich eine weitere Zunahme dschihadistischer Aktivitäten in West-, Zentral- und Ostafrika nach sich ziehen.

Wahrscheinlichkeitsskala



WAS SIEHT DER NDB?

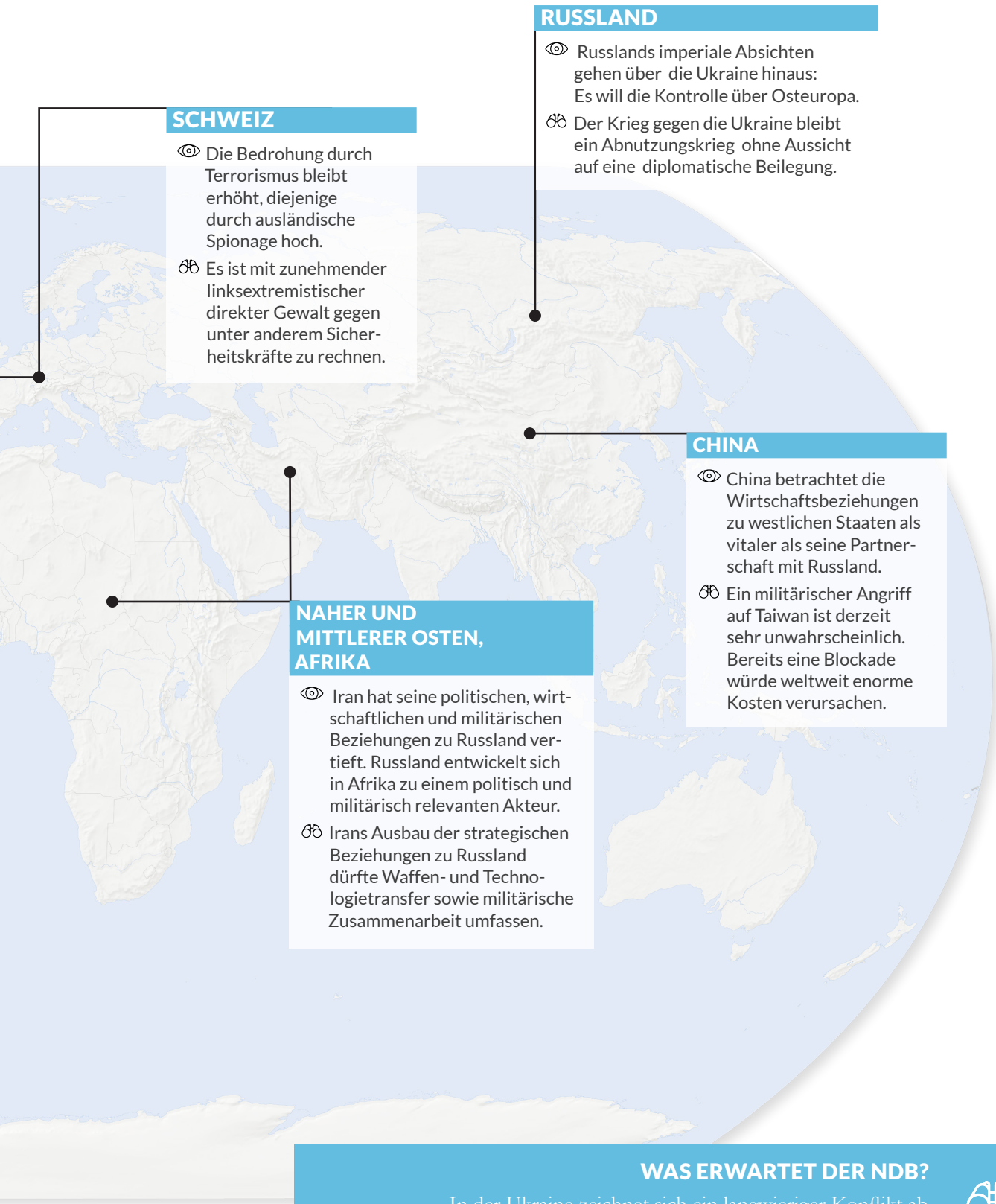
Russland hat die regelbasierte Friedensordnung in Europa zerstört.

EUROPA

- Russlands Krieg gegen die Ukraine ist der grösste Landkrieg in Europa seit 1945.
- Russland wird weiter nuklear drohen, aber ein russischer Nuklearwaffeneinsatz bleibt sehr unwahrscheinlich.

USA

- Die USA bleiben für die Verteidigung Europas zentral; die Nato hat sich im Osten militärisch verstärkt.
- Eine republikanische Präsidentschaft könnte ab 2025 Unsicherheiten bezüglich des Engagements für Europa schüren.



RUSSLAND

- Russlands imperiale Absichten gehen über die Ukraine hinaus: Es will die Kontrolle über Osteuropa.
- Der Krieg gegen die Ukraine bleibt ein Abnutzungskrieg ohne Aussicht auf eine diplomatische Beilegung.

SCHWEIZ

- Die Bedrohung durch Terrorismus bleibt erhöht, diejenige durch ausländische Spionage hoch.
- Es ist mit zunehmender linksextremistischer direkter Gewalt gegen unter anderem Sicherheitskräfte zu rechnen.

CHINA

- China betrachtet die Wirtschaftsbeziehungen zu westlichen Staaten als vitaler als seine Partnerschaft mit Russland.
- Ein militärischer Angriff auf Taiwan ist derzeit sehr unwahrscheinlich. Bereits eine Blockade würde weltweit enorme Kosten verursachen.

NAHER UND MITTLERER OSTEN, AFRIKA

- Iran hat seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Russland vertieft. Russland entwickelt sich in Afrika zu einem politisch und militärisch relevanten Akteur.
- Irans Ausbau der strategischen Beziehungen zu Russland dürfte Waffen- und Technologietransfer sowie militärische Zusammenarbeit umfassen.

NDB

WAS ERWARTET DER NDB?

In der Ukraine zeichnet sich ein langwieriger Konflikt ab. Die Systemrivalität der USA und Chinas prägt die künftige Weltordnung.

Abbildung 8

DSCHIHADISTISCHER UND ETHNO-NATIONALISTISCHER TERRORISMUS

EREIGNISSE IM BEREICH DSCHIHADISTISCHER TERRORISMUS IN EUROPA SEIT 2022

NDB

TERRORBEDROHUNG BLEIBT ERHÖHT

Die Terrorbedrohung der Schweiz bleibt erhöht. Sie wird primär von der dschihadistischen Bewegung geprägt, insbesondere durch Sympathisanten des „Islamischen Staats“ und Personen, die von Dschihadpropaganda inspiriert werden. Der „Islamische Staat“ und die al-Qaida sind die wichtigsten Exponenten der dschihadistischen Bewegung und damit für die Terrorbedrohung massgeblich.

Die Anzahl dschihadistisch motivierter Gewaltakte hat in Europa weiter deutlich abgenommen. Häufig sind die Täter dschihadistisch inspiriert, doch oft tragen auch psychische Probleme der Täter sowie weitere Faktoren zur Gewaltbereitschaft radikalisierter Personen bei. Der „Islamische Staat“ hat sich seit dem Terroranschlag in Wien vom 2. November 2020 zu keinem Gewaltakt in Europa mehr bekannt.

Hoch bleibt hingegen die Anzahl polizeilicher Interventionen gegen gewaltbereite Islamisten in Europa. Dadurch konnten wahrscheinlich mehrere Anschläge verhindert werden. Auch in der Schweiz intervenierte die Polizei zweimal im Rahmen koordinierter Aktionen zur Terrorismusbekämpfung: im Juni 2022 wurden im Kanton Zürich drei und im September 2022 in den Kantonen Waadt und Genf zwei Terrorverdächtige verhaftet, weil sie den „Islamischen Staat“ unterstützt haben sollen.

Das plausibelste Terrorszenario in der Schweiz ist derzeit ein Gewaltakt, der von einem dschihadistisch inspirierten Einzeltäter verübt wird. Nach Einschätzung des NDB würde sich ein solcher Angriff am ehesten gegen schwach geschützte Ziele richten und mit geringen logistischen und organisatorischen Mitteln verübt.

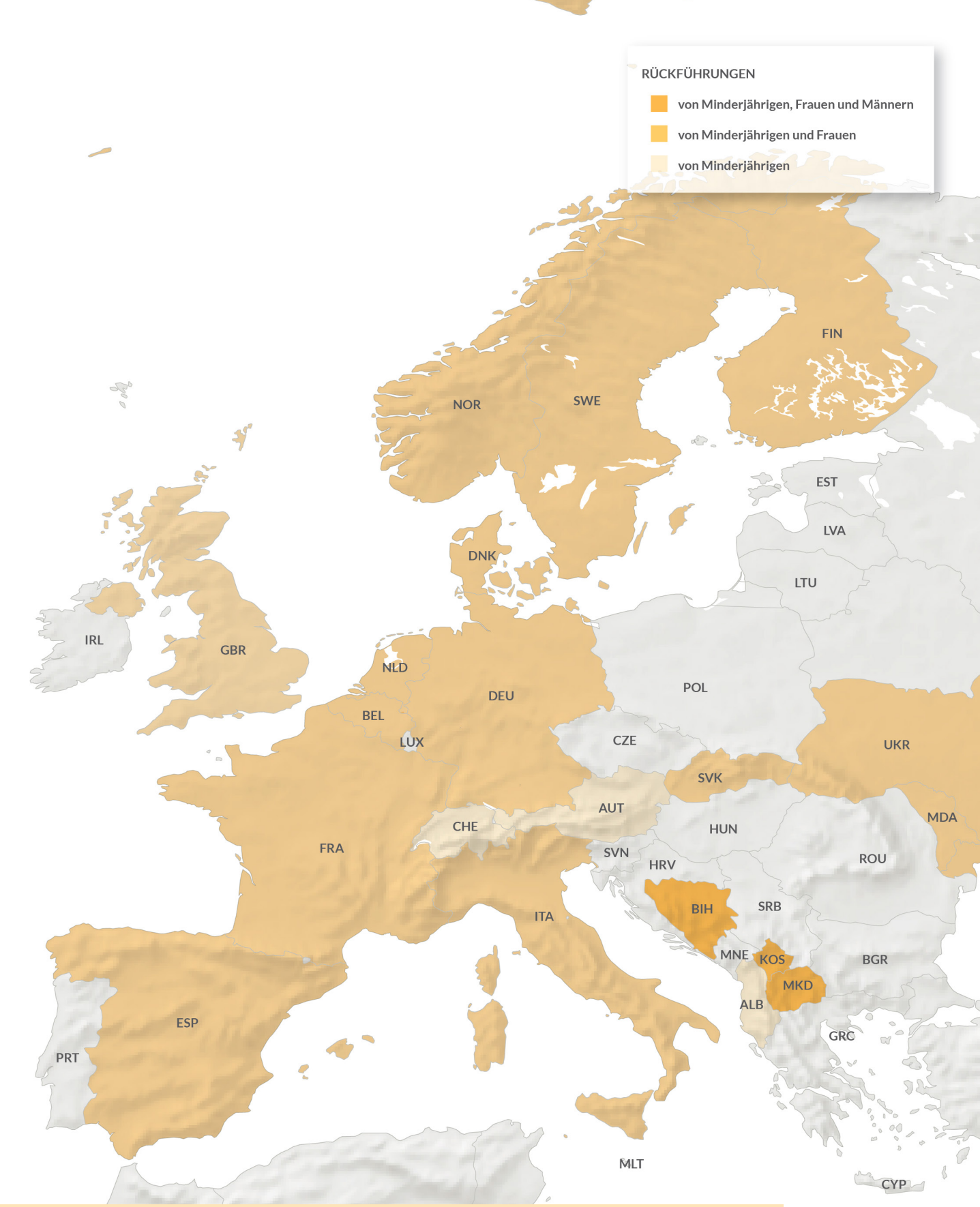
„ISLAMISCHER STAAT“ UND AL-QAIDA

Im Oktober 2022 hat der Bundesrat entschieden, am Verbot der al-Qaida, des „Islamischen Staats“ und verwandter Organisationen festzuhalten, und hat ein entsprechendes Organisationsverbot erlassen.

Die Kernorganisation des „Islamischen Staats“ hat seit dem Niedergang des territorialen Kalifats im Jahre 2019 markant an Fähigkeit eingebüsst, Anschläge in Europa eigenständig zu planen und zu verüben. Mit seiner online verbreiteten Propaganda spielt der „Islamische Staat“ aber nach wie vor eine bedeutende Rolle als Inspirationsquelle für potenzielle Gewalttäter.

2022 kamen gleich zwei Kalifen des „Islamischen Staats“ gewaltsam ums Leben, was dessen Anziehungskraft auf mögliche neue Anhänger schmälern dürfte. Gleichwohl konnte er jeweils bei der Ernennung des Nachfolgers international konzertierte Medienkampagnen mit den Treueschwüren aller regionalen Gruppierungen erfolgreich umsetzen. Seine teils äusserst aktiven Regionalgruppierungen in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien verfolgen in erster Linie regionale Agenden und können mit ihren Aktionen insbesondere in ihren jeweiligen Einflussgebieten Schweizer Interessen in Mitleidenschaft ziehen.

Die latente Bedrohung durch die al-Qaida besteht trotz der Tötung ihres Anführers



RÜCKFÜHRUNGEN VON ANGEHÖRIGEN EUROPÄISCHER STAATEN AUS KURDISCHEN LAGERN UND GEFÄNGNISSEN IN NORDOSTSYRIEN

Ayman al-Zawahiri im Sommer 2022 fort. Die al-Qaida profitiert wahrscheinlich davon, dass der Verfolgungsdruck nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan abgenommen hat. Ihr fehlen zwar die Fähigkeiten und Ressourcen für Anschläge in westlichen Ländern. Weltweit bleibt aber die Bedrohung durch Ableger der al-Qaida vor allem in West- und Ostafrika bestehen. In ihren Operationsgebieten sind diese Ableger in der Lage, Anschläge auf westliche Ziele zu verüben und Angehörige westlicher Staaten zu entführen. Auch hier können Schweizer Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden.

DSCHIHADREISENDE

Dschihadreisende bilden zwar eine Minderheit unter den terroristischen Akteuren, sie haben jedoch möglicherweise Kampferfahrung, können sich auf ihre Netzwerke stützen und sind eher in der Lage, Gewaltakte grösseren Ausmasses zu organisieren und zu verüben. Verschiedene europäische Staaten haben Personen, mehrheitlich Frauen und Kinder, aus Lagern in Syrien repatriiert. Die Schweiz führte im Dezember 2021 einmalig eine Rückführung von zwei Minderjährigen durch. Der Beschluss des Bundesrats von März 2019, keine Rückführung von erwachsenen Dschihadreisenden durchzuführen, hat nach wie vor Gültigkeit.

Ein neues attraktives Dschihadgebiet für künftige Dschihadreisende aus westlichen Ländern zeichnet sich derzeit nicht ab. Bei den vereinzelten Fällen von Reisen in Dschihadgebiete aus Europa handelt es sich in der Regel um Personen mit einem ethnischen Bezug zum entsprechenden Konfliktgebiet. Ein Aufruf des „Islamischen Staats“ zur Hidschra nach Afrika blieb ohne grössere Resonanz in Europa. Hidschra – eigentlich Auswanderung – meint in diesem Kontext eine dschihadistisch motivierte Reise. Aus der Schweiz wurden seit 2017 zwar sporadisch Ausreisebestrebungen, aber keine einschlägigen Abreisen mehr festgestellt.

Mit dem vom Krieg gegen die Ukraine verursachten Flüchtlingsstrom sind mehrere Dutzend mutmassliche Dschihadisten in westeuropäische Staaten gelangt, in denen sie von Sicherheitsbehörden beobachtet werden. Auch in die Schweiz sind ein paar wenige Personen eingereist, die wegen eines möglichen Terrorismusbezugs vertieft abgeklärt wurden.

TERRORISMUSABWEHR

Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB zweimal pro Jahr auf seiner Webseite.

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Terrorismus)

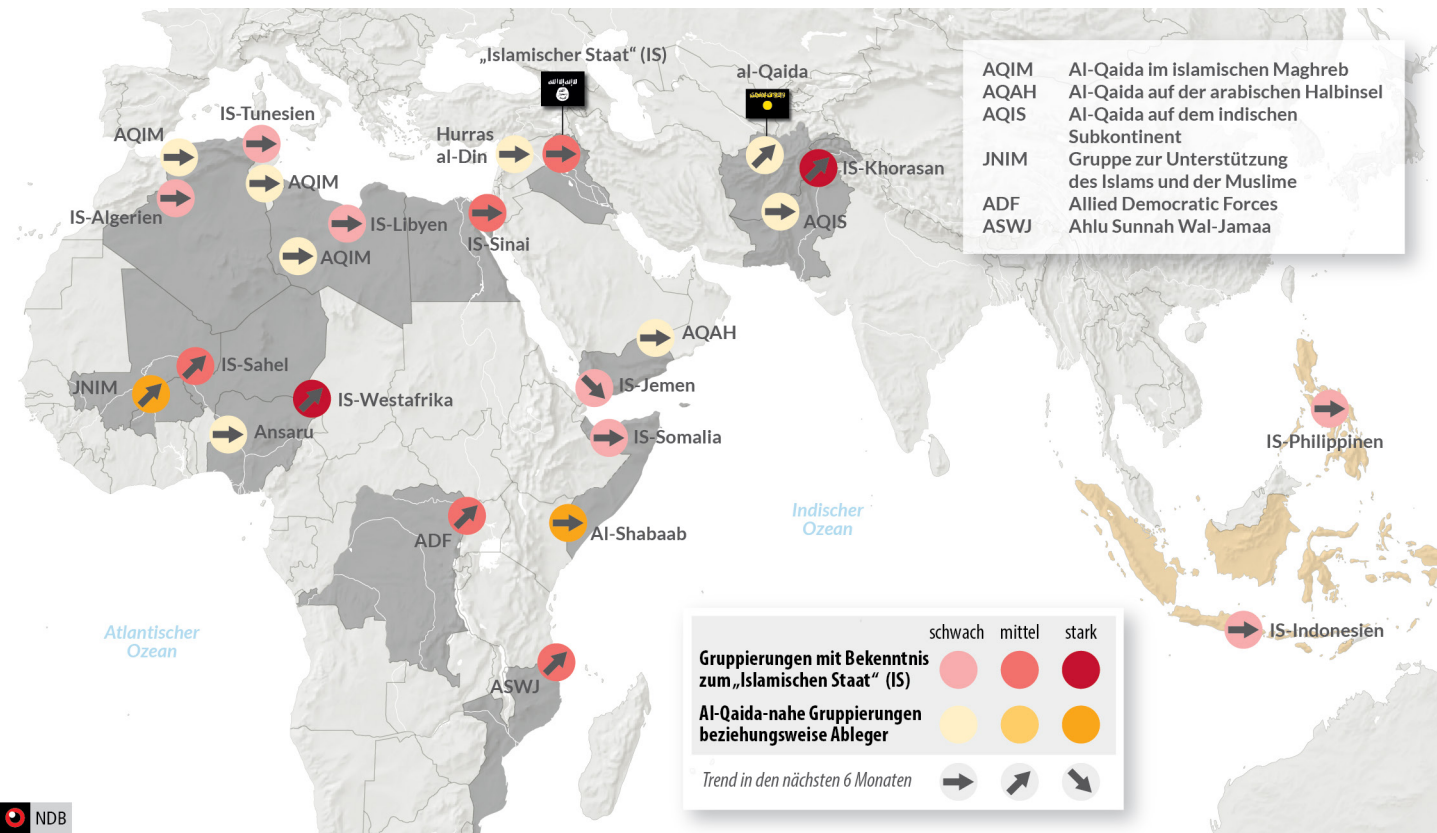
PKK

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) führt in Europa einen mehrheitlich gewaltlosen Kampf um Anerkennung der kurdischen Identität in den kurdisch besiedelten Gebieten der Türkei, Syriens und Irans. In der Schweiz sammelt sie Geld, betreibt Propaganda, indoktriniert ihre Anhängerschaft und rekrutiert neue Mitglieder für ihre Kaderstruktur in Europa sowie für den Kampf in den kurdisch besiedelten Gebieten. Gewaltsame Zusammenstösse mit türkischen Nationalisten oder Anhängern des türkischen Staatspräsidenten Erdogan ereignen sich auch in der Schweiz. Türkische Vertretungen und Einrichtungen wie Vereinslokale und Moscheen stellen potenzielle Anschlagsziele der PKK dar.

LIBANESISCHE HISBOLLAH

Die Hisbollah unterhält in der schiitisch-libanesischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz ein Netzwerk von einigen Dutzend Personen, die die Organisation unterstützen. Der Bundesrat hat sich im November 2022 dagegen ausgesprochen, die Hisbollah in der Schweiz zu verbieten, unter anderem, weil die bestehenden Gesetze ausreichen, um deren illegale Aktivitäten aufzudecken und zu ahnden. In der Schweiz sind derzeit Terroranschläge der Hisbollah sehr unwahrscheinlich; diese gälten Staatsangehörigen oder Interessen von Staaten, die die Hisbollah als feindlich ansieht.

Relative Stärke der mit dem „Islamischen Staat“ oder der al-Qaida verbundenen Terrorgruppierungen weltweit



ANHALTEND DIFFUSE TERRORBEDROHUNG

Die Terrorbedrohung bleibt erhöht. Sie wird jedoch diffuser, da sie zunehmend von Tätern ausgeht, die selten in direktem Kontakt mit in Konfliktgebieten aktiven dschihadistischen Gruppen stehen. Oft sind die Täter zwar dschihadistisch inspiriert, doch häufig spielen psychische Probleme oder persönliche Krisen beim Schritt zur Gewaltanwendung eine erhebliche Rolle.

Die grösste Bedrohung geht weiterhin von autonom agierenden, dschihadistisch inspirierten Einzeltätern aus, deren Motivlage oft nicht eindeutig eruiert werden kann und die spontan Gewalttaten mit einfachen Mitteln wie Messern oder Fahrzeugen verüben. Der Einsatz von Schusswaffen oder Explosivstoffen bleibt ebenfalls eine realistische Möglichkeit. Exponiert sind grundsätzlich schwach geschützte Ziele wie grössere Menschenansammlungen und Räume im öffentlichen Verkehr. Zu den realistischen Bedrohungsszenarien gehören zudem Angriffe auf religiöse Versammlungsorte, auf Sicherheitskräfte, Politikerinnen und Politiker sowie auf Exponentinnen und Exponenten gesellschaftlicher Minderheiten.

„ISLAMISCHER STAAT“ UND AL-QAIDA

Der „Islamische Staat“ stellt weiterhin eine Terrorbedrohung für Europa dar, indem er durch seine Online-Propaganda autonom agierende Anhänger zu Terroranschlägen in westlichen Ländern inspirieren kann. Das trifft auch für die Schweiz zu. Der „Islamische Staat“ ist weiterhin gewillt, Anschläge in Europa zu planen oder durchzuführen. Die diesbezüglichen Fähigkeiten der Kernorganisation des „Islamischen Staats“ in Syrien und im Irak bleiben in den nächsten Jahren wahrscheinlich schwach. Hingegen weist einer seiner Ableger – der Islamische Staat - Khorasan in Afghanistan – seit 2022 eine neue Dynamik auf, die sich in den nächsten Jahren eher wahrscheinlich auf die Terrorbedrohungslage in Europa auswirken wird. Hierbei ist in erster Linie von Szenarien auszugehen, in denen radikalisierte Personen in Europa zu Gewalttaten inspiriert werden.

Die von der al-Qaida ausgehende latente Bedrohung gründet weiterhin in ihrem Willen, westliche Ziele anzugreifen. Die al-Qaida wird zudem wahrscheinlich weiterhin von der Herrschaft der Taliban profitieren und Afghanistan als strategisch wichtiges Operationsgebiet nutzen können.

Die Ableger und assoziierten Regionalgruppierungen der beiden Terrororganisationen bleiben gerade in Südasien sowie West- und Ostafrika trotz ihrer primär regionalen Ausrichtung willens und fähig, bei Gelegenheit Anschläge auf westliche Ziele zu verüben oder Angehörige westlicher Staaten zu entführen. Der lokale Nährboden erlaubt diesen Regionalgruppierungen den Fortbestand und primär in Afrika vereinzelt eine weitere Ausbreitung. Auch wenn die Schweiz kein prioritäres Ziel darstellt, können Schweizer Staatsangehörige, Organisationen und Unternehmen Opfer terroristischer Gewalt werden.

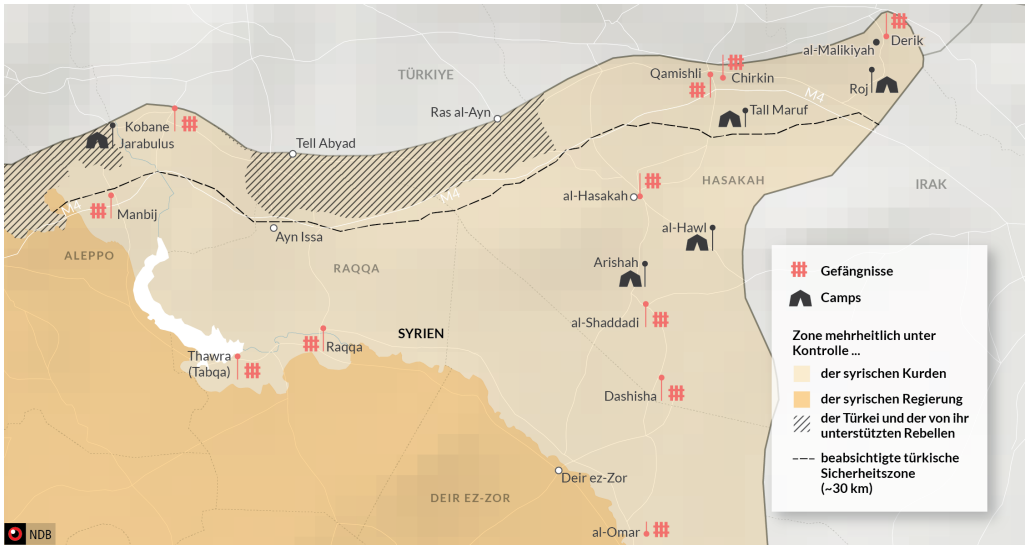
VIELFÄLTIGE RISIKOFAKTOREN

Von allen in Syrien festgehaltenen, erwachsenen dschihadistisch motivierten Reisenden mit Schweizbezug geht eine Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz aus. Der Grad dieser Bedrohung hängt von der Zukunft der Festgehaltenen ab: Entweder sie bleiben in Gefangenschaft, werden rückgeführt oder ihnen gelingt die Flucht. Andauernde Gefangenschaft könnte ihre Radikalisierung und ihren Groll auf die Schweiz sogar noch verstärken. Brechen sie aus dem Gefängnis oder Lager aus, könnten sie unkontrolliert in die Schweiz zurückkehren. Überdies könnten dereinst auch solche Personen, die in Nachbarländer oder weiter entfernte Regionen wie den Westbalkan oder den Maghreb repatriiert wurden, in die Schweiz kommen.

Die wachsende Anzahl Haftentlassungen von Dschihadisten und Personen, die sich während der Haft radikalisiert haben, stellt in ganz Europa einen permanenten Risikofaktor dar. Haftentlassene kehren teilweise in ihr bisheriges Umfeld zurück und verbreiten ihr dschihadistisches Gedankengut weiter. Dies ist auch in der Schweiz zu beobachten.

Die Migration nach Europa hält an. Personen mit Terrorismusbezug missbrauchen die Migrationsbewegungen, um nach Europa und möglicherweise auch in die Schweiz zu gelangen. Der Krieg gegen die Ukraine und die mit ihm verbundenen Auswirkungen führen zwar zu keiner unmittelbaren Erhöhung der Terrorbedrohung. Die Ausnutzung des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine durch Dschihadisten aus verschiedenen Regionen stellt jedoch einen zusätzlichen Risikofaktor für die Terrorbedrohung in Europa – auch der Schweiz – dar.

Nordostsyrien: Gefängnisse und Lager, in denen Kämpfer und Anhänger des „Islamischen Staats“ sowie ihre Familienangehörigen untergebracht sind.



ISLAMISTISCHE SZENE IN DER SCHWEIZ

Aus der weiterhin heterogenen und wenig organisierten islamistischen Szene in der Schweiz kann künftig eine Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz hervorgehen. Einzelne gewaltbereite Akteure fallen insbesondere mit Propaganda, aber auch mit logistischen und finanziellen Unterstützungshandlungen auf. Dschihadpropaganda verbreitet sich im Cyberraum weiterhin stark. Sie hat nach wie vor grosses Schadenspotenzial und begünstigt die Entstehung von Sympathisantennetzwerken in der Schweiz, aber auch grenzüberschreitend. Radikalisierungsprozesse können so gerade unter Jugendlichen zunehmend unabhängig von Begegnungen von Angesicht zu Angesicht stattfinden. Gerade psychisch labile oder sozial isolierte Personen können sich radikalisieren und zur Gewaltanwendung inspirieren lassen. Auslöser können dabei als islamfeindlich wahrgenommene Ereignisse sein. Die Lageentwicklung im Ausland beeinflusst auch die hiesige Szene. Sie ist über ihre Diasporagemeinschaften namentlich mit dem Westbalkan eng verbunden.

PKK

Die PKK wird ihre Strategie in Europa weiterverfolgen: Sie verzichtet in Europa grundsätzlich auf Gewalt und strebt damit an, von der EU-Terrorliste gestrichen zu werden. In der Schweiz wird die PKK mit Indoktrinierung, Rekrutierung, Finanzierung und Propaganda aktiv bleiben. Die Rekrutierungsbestrebungen dienen primär dem Kadernachschub für die Parteiarbeit in Europa. Trotz grundsätzlichem Gewaltverzicht werden Provokationen oder besondere Ereignisse wahrscheinlich sporadisch zu gewaltsamen Protesten und Ausschreitungen führen. So könnten zum Beispiel die Veranstaltungen in Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 100-Jahr-Jubiläum des Lausanner Vertrags am 24. Juli 2023 dafür in erhöhtem Ausmass Anlass bieten.

HISBOLLAH

Die von der libanesischen Hisbollah ausgehende Bedrohung in Europa und damit auch in der Schweiz geht auf die Spannungen zum einen zwischen Israel und der Hisbollah, zum andern zwischen Iran und von diesem als feindlich angesehenen Staaten zurück.

Derzeit sind die Umstände, die aus Sicht der Hisbollah einen Anschlag rechtfertigen würden, nicht gegeben. Die von der Hisbollah ausgehende Bedrohung kann sich jedoch rasch erhöhen.

Wahrscheinlichkeitsskala

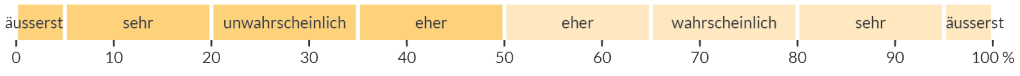


Abbildung 9

GEWALTTÄTIGER EXTREMISMUS

RECHTSEXTREMISMUS

Die gewalttätige rechtsextremistische Szene ist weiterhin vornehmlich mit Treffen, Ausflügen und Plakataktionen aktiv. Bei fünf Gelegenheiten wurde 2022 Gewalt ausgeübt. So griff ein bekanntes Mitglied der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene willkürlich eine Person an und schlug ihr mehrmals ins Gesicht. Zudem verursachte die Gruppierung Junge Tat während einer Aktion Sachschaden. In den anderen drei festgestellten Fällen verteidigten sich die Rechtsextremisten mit Gewalt, weil sie während ihren Aktivitäten angegriffen worden waren.

Typisch für die gewalttätige rechtsextremistische Szene ist die Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie der Hass auf Fremde und Minderheiten sowie Antisemitismus; ihre Exponenten sind Verfechter der Theorie des „grossen Austauschs". Insbesondere die junge Generation ist an Kampfsport und Sportschiessen interessiert und pflegt einen Körperkult. Zudem interessiert sich gerade die Junge Tat für aktuelle, öffentlichkeitswirksame Themen, um die sich ihre Aktionen drehen und die sie für ihren öffentlichen Auftritt instrumentalisiert.

Auf Schweizer Boden wird unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung in sozialen Netzwerken rechtsextremistisches Gedankengut, verpackt in besonders gewaltverherrlichende Propaganda, verbreitet. Die Ideen – zum Beispiel in Verbindung mit den Schriften eines James Mason oder dem Akzelerationismus – werden auf Plattformen, Kanälen oder in kurzlebigen und vielgestaltigen Gruppen geteilt.

Online wie bei etablierten Gruppierungen in der Schweiz sind zahlreiche Kontakte ins Ausland zu verzeichnen, sowohl zwischen Gruppierungen wie auf persönlicher, teils freundschaftlicher Ebene.

LINKSEXTREMISMUS

Im Bereich gewalttätiger Linksextremismus ist die Zahl der Ereignisse insgesamt wie auch die Zahl der mit Gewalt verbundenen Ereignisse stabil. Die Szene organisiert Demonstrationen, verübt gezielt Sachbeschädigung und Brandstiftung und setzt unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen sowie körperliche Gewalt ein. Ziel physischer Angriffe sind insbesondere als rechtsextremistisch wahrgenommene Personen oder anlässlich von Demonstrationen die Sicherheitskräfte.

Die gewalttätige linksextremistische Szene setzt ihre als antifaschistisch deklarierten Aktivitäten fort. Sie erhöht den Druck auf Personen, die sie als dem Rechtextremismus zugehörig ansieht. Dazu wird eine Outing-Kampagne geführt, an den Wohnorten dieser Personen werden Sachen beschädigt und in einigen Fällen werden diese Personen physisch angegriffen. In der Stadt Bern revitalisierten diverse gewalttätige Linksextremisten den sogenannten Antifaschistischen Spaziergang: Nachdem eine solche Demonstration jahrelang nicht

mehr stattgefunden hatte, versammelte sie rund 1700 Personen und führte zu einem Schaden von rund 10'000 Franken. Auch andernorts finden sogenannte antifaschistische Demonstrationen statt.

Die gewalttätige linksextremistische Szene setzt sich weiterhin stark für die Belange der Kurdensache ein. Die Unterstützung aus der Szene äussert sich in der Schweiz wie im übrigen Europa in Aktionen. Diese richten sich gegen Unternehmen oder Institutionen, die angeblich die Türkei oder den Krieg gegen das kurdische Volk unterstützen. Durchgeführt werden Demonstrationen und Informationsveranstaltungen, die die Aufmerksamkeit eines breiteren Publikums auf dieses Thema lenken sollen.

Die gewalttätige linksextremistische Szene hält enge Beziehungen zu gleichgesinnten Gruppierungen und Personen im Ausland. Sie greift mit Aktionen und Demonstrationen internationale Themen wie die sogenannte Gefangenensolidarität auf.

Demonstration gegen die Räumung des Koch-Areals, Zürich, 18. Februar 2023

Abbildung 10

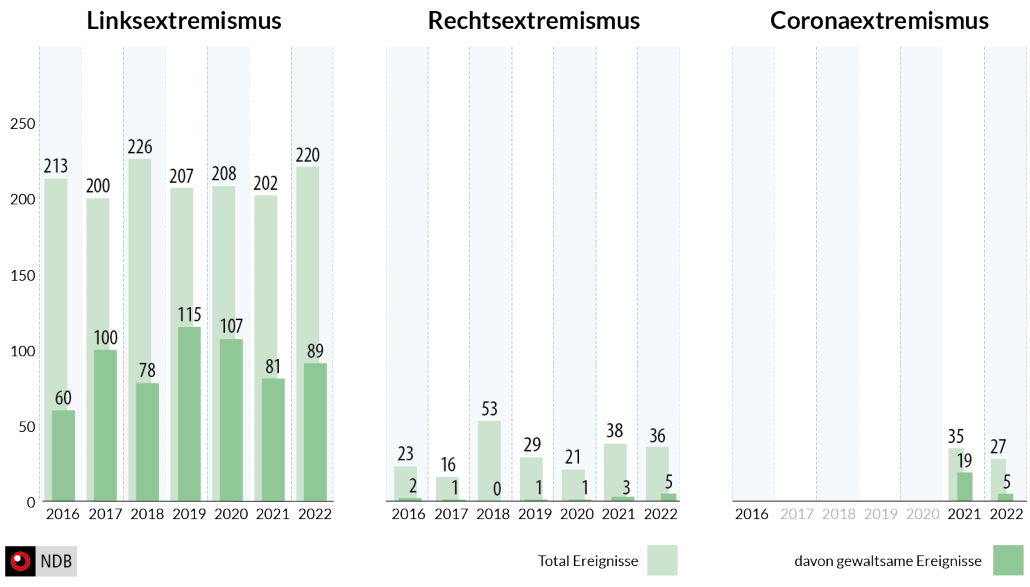
MONOTHEMATISCHER EXTREMISMUS

Unter der Bezeichnung „gewalttätiger monothematischer Extremismus“ werden derzeit die Aktivitäten der Corona- und der Tierrechtextremisten behandelt.

Bisher wurde eine Korrelation zwischen den Pandemiemassnahmen und den Aktivitäten der gewalttätigen Coronaextremistinnen und Coronaextremisten in der Schweiz festgestellt. Es ist äusserst wahrscheinlich, dass dieser Zusammenhang bestehen bleibt, solange die Wiedereinführung der Pandemiemassnahmen für diese Szene eine realistische Perspektive bleibt. Mit der Erleichterung und schliesslich Aufhebung der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie im Februar 2022 gingen aber die Aktivitäten der gewalttätigen coronaextremistischen Szene stark zurück. Ein harter Kern bleibt vornehmlich online aktiv und hat seine Aufmerksamkeit einer breiteren Themenpalette zugewandt – so dem Krieg gegen die Ukraine, der Ukraine Recovery Conference, der Weltgesundheitsorganisation und dem World Economic Forum. Bisher finden sich keine Hinweise, dass die Szene im Rahmen eines internationalen Netzwerks aktiv ist.

Nur wenige mit Gewalt verbundene Ereignisse sind derzeit im Bereich Tierrechtextremismus zu verzeichnen. Nachdem die Szene 2018 zwischenzeitlich für ein Hoch an Aktivitäten und gewaltsamen Aktionen sorgte, greift sie derzeit kaum mehr auf Gewalt zurück.

Dem NDB gemeldete gewaltextremistisch motivierte Ereignisse seit 2016
(ohne Schmierereien)



RECHTSEXTREMISMUS

Das Gewaltpotenzial der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene wird in den nächsten Jahren stabil bleiben. Deren Motivation, dieses Potenzial auch einzusetzen, wird jedoch als Folge zahlreicher Denunziationen und einiger Angriffe auf ihre physische Integrität noch steigen. Das Rekrutierungspotenzial und die Attraktivität werden zudem dank der professionellen und effizienten Werbung einiger Gruppierungen grösser.

Online radikalisierte und sich ausserhalb aller Strukturen bewegende Personen stellen die grösste Bedrohung und gleichzeitig die grösste Herausforderung für die Nachrichtendienste im Bereich gewalttätiger Rechtsextremismus dar.

LINKSEXTREMISMUS

Es ist äusserst wahrscheinlich, dass sich die gewalttätigen Linksextremistinnen und Linksextremisten weiterhin besonders beim Antifaschismus und in der Kurdensache engagieren werden. In den nächsten Jahren werden Demonstrationen und Sachbeschädigungen ihre Hauptaktionsformen bleiben. Zudem bleiben Aktionen – mit oder ohne Gewaltausübung – gegen von ihnen als rechtsextrem eingestufte Personen zu erwarten. Diese Erwartung kontrastiert mit der Erfahrung der vergangenen Jahre, während denen Gewalt direkt gegen Menschen nur zurückhaltend ausgeübt wurde. Aber die linksextremistische Szene wird sich weiterhin provoziert fühlen, weil die Motivation von Teilen der rechtsextremistischen Szene anhält, Platz in der Öffentlichkeit und in gesellschaftlichen Debatten einzufordern. Die linksextremistische Szene könnte so bei grösseren Teilen der Bevölkerung das Interesse am Antifaschismus wecken und in diesem Zusammenhang im äussersten Fall Personen dazu bringen, Gewalthandlungen insbesondere gegen Personen vorzubereiten und durchzuführen.

Zusätzlichen Anreiz wird den gewalttätigen Linksextremistinnen und Linksextremisten die Aktualität hierzulande und international bieten, so etwa die Lage in den Kurdengebieten, die Aktivitäten ihrer gewalttätigen rechtsextremistischen Antagonisten oder das Schicksal im Ausland inhaftierter Aktivisten.

MONOTHEMATISCHER EXTREMISMUS

Die gewalttätigen Coronaextremistinnen und Coronaextremisten werden ihre Agenda mit weiteren Themen anreichern. Ein harter Kern gewalttätiger Coronaextremistinnen und Coronaextremisten wird bestehen bleiben, indem je nach Aktualität weitere Themen in den Diskurs einbezogen werden. Wie im Fall der Diskussion über die Energiesparmassnahmen werden das diejenigen Themen sein, bei denen argumentiert werden kann, hier setze der Staat oder eine gewisse „Elite" die „Diktatur" durch. Diese Transformation wird von einer Fluktuation unter den Sympathisantinnen und Sympathisanten begleitet werden. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass gewalttätige monothematisch-extremistische Szenen entstehen werden, die von einer schwachen thematischen Verankerung ebenso geprägt sein werden wie von einem Mischmasch der Ideologien und Ziele sowie von grosser Volatilität.

Die gewalttätige tierrechtextremistische Szene wird in den kommenden Jahren ruhig bleiben. Das Thema steht derzeit im Hintergrund, möglicherweise hat der Kampf gegen die Klimaerwärmung Vorrang. Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten haben bisher kaum Gewalt eingesetzt und werden deshalb vom NDB auch nicht behandelt, mit Ausnahme von Einzelfällen mit Gewaltbezug gemäss Nachrichtendienstgesetz. Es ist aber wahrscheinlich, dass ein Teil dieser Szene sich in den kommenden Jahren radikalisieren wird, wenn ihre Forderungen im politischen Prozess kein Gehör finden sollten. Einige werden dabei die Grenze zur Gewaltausübung überschreiten.

ÜBERGANG DER GEWALTEXTREMISTISCHEN SZENEN ZU TERRORISTISCHEN AKTIVITÄTEN

Im Ausland sind immer mehr rechtsextremistisch motivierte terroristische Aktivitäten zu verzeichnen. Terroristische Aktivitäten werden als Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung definiert, die durch Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen. Rechtsextremistisch motivierte Terroranschläge wie jene 2019 in Christchurch (Neuseeland) und Halle (Deutschland) oder 2020 in Hanau (Deutschland) könnten sich in Europa häufen und sich möglicherweise auch in der Schweiz ereignen.

Der Import militärischen Wissens, das zum Beispiel während Reisen in die Kurdengebiete gewonnen wurde, könnte es auch der gewalttätigen linksextremistischen Szene erlauben, ihren Rückgriff auf Gewalt zu verstärken und so Terroranschläge in Europa zu planen. Derzeit liegen keine konkreten Hinweise auf solche Pläne in der Schweiz vor. Der NDB behandelt solche in den kommenden Jahren wichtiger werdenden Bedrohungen prioritär.

Wahrscheinlichkeitsskala

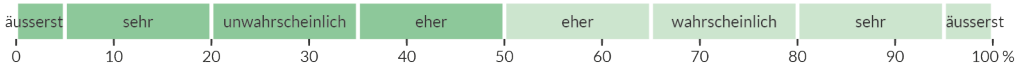


Abbildung 11

PROLIFERATION

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Hinsichtlich des Kriegs gegen die Ukraine legt der NDB den Schwerpunkt darauf, die Güter zu erkennen, die die kriegführenden Parteien zugunsten einer sanktionierten militärischen Verwendung einsetzen könnten, und deren Weitergabe zu verhindern. Insbesondere Russland muss neue Beschaffungsstrukturen aufbauen oder bestehende Strukturen breiter einsetzen. Firmen in den Staaten der Eurasischen Wirtschaftsunion treten vermehrt als vermeintliche Endkunden für Waren auf, die dann weiter nach Russland gehen. Auch die Türkei und Indien werden von Privatfirmen so genutzt. Deshalb muss die Kontrolltätigkeit auf Regionen ausgeweitet werden, die zuvor kaum bearbeitet wurden.

IRAN

Im Atomstreit mit Iran ist der Joint Comprehensive Plan of Action toter Buchstabe. Die Parteien achten primär darauf, nicht selbst den politischen Preis für ein formelles Ende bezahlen zu müssen. Fast alle vertrauensbildenden Massnahmen des Abkommens sind heute faktisch ausser Kraft. Das iranische Atomprogramm ist technisch in der Lage, waffenfähiges Uran für eine minimale Abschreckung innert Wochen zu produzieren. Iran hat sich im Krieg gegen die Ukraine auf die Seite Russlands gestellt und liefert dem Aggressor Kampfdrohnen in namhafter Stückzahl. Als Lieferant von Rüstungsgütern für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist das aussenpolitische Selbstbewusstsein Irans gestiegen.

NORDKOREA

Nordkorea demonstriert seit 2019 eine bislang präzedenzlose Serie von Flugkörpertests; es testete zahlreiche ballistische Raketen aller Reichweiten sowie Marschflugkörper. Das Einsatzspektrum wurde erweitert, zum Beispiel mit Raketenstarts aus statischen Unterwasserabschusssystemen – dem Atom-U-Boot des armen Mannes. Zentral bei all diesen Tests ist der Umstand, dass es sich um Einsatz- und nicht um Entwicklungstests handelt oder um politisch motivierte Symbolik. Nordkorea verknüpft seine Tests seltener als früher mit symbolischen Daten. Das Land schult intensiv das Militär in der Handhabung und im Einsatz der Mittel. An den parallel zu amerikanisch-südkoreanischen Manövern stattfindenden Übungen Nordkoreas wird dies deutlich sichtbar: Der Einsatz nordkoreanischer Raketen simuliert Angriffe auf das Dispositiv der südlichen Manöver. Bei diesen Einsätzen üben nach Möglichkeit verschiedene Einsatzverbände.

Ausgehend von der Hypothese, dass möglichst viele nordkoreanische Einsatzverbände Praxiserfahrung gewinnen sollten, ergibt sich, dass Nordkorea über mehr als 28 Batterien moderner Feststoffraketen verfügen könnte. Das entspräche in etwa einem Drittel der analogen russischen Verbände.

Im Bereich seines Kernwaffenprogramms verzichtete Nordkorea 2022 auf den erwarteten Nukleartest. Es verfestigte aber rhetorisch und gesetzgeberisch seinen „unverhandelbaren“ Status als Kernwaffenstaat: Dieses in der Verfassung seit 2012 festgeschriebene Prinzip wurde 2022 mit Elementen einer offensiven Einsatzdoktrin zusätzlich als Gesetz konkretisiert.

INDIEN UND PAKISTAN

Auf dem indischen Subkontinent treiben die Rivalen Indien und Pakistan die Nuklear- und Raketenprogramme stetig voran. Pakistan baut seine Fähigkeit zur Anreicherung von Uran weiter aus und stattet seine U-Boote mit nuklearfähigen Marschflugkörpern vom Typ Babur aus. Damit gewinnt es eine rudimentäre Zweitschlagfähigkeit. Das indische Militär seinerseits testete die Langstreckenrakete Agni-V. Mit einer Reichweite von 7000 Kilometern kann diese Interkontinentalrakete im Prinzip auch ganz Europa abdecken.

Simulierter Angriff auf das Dispositiv der Manöver Südkoreas und der USA

KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Die russische Industrie muss sich auf eine längere Phase der Isolation und der Kriegswirtschaft einstellen. Gleichzeitig kann es sich die russische Führung mutmasslich nicht leisten, die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft zu vernachlässigen. Dieser Zielkonflikt der Kriegswirtschaft wird den Aufbau einer massiven materiellen Überlegenheit der russischen Streitkräfte erschweren. Aufgrund der strukturellen Defizite, insbesondere im Bereich Elektronik und Halbleiter, wird Russland über teils seit Sowjetzeiten bestehende Beschaffungsstrukturen versuchen, an die notwendigen westlichen Güter zu gelangen. Dabei geraten auch Drittstaaten in den Fokus, die enge Wirtschaftsbeziehungen mit Russland unterhalten und sich als Umgehungsdestinationen anbieten. Im Handel mit Iran zum Beispiel ist dies bereits ersichtlich.

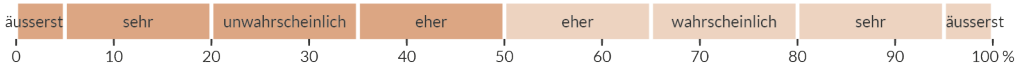
IRAN

Die Reanimierung des Joint Comprehensive Plan of Action bleibt äusserst unwahrscheinlich. Die fehlenden Beziehungen zu westlichen Staaten wird die iranische Führung mit einer weiteren Annäherung an Russland als Partner und dem Einvernehmen mit China wettmachen wollen. Iran ist ein nuklearer Schwellenstaat; es ist aber nicht erkennbar, dass Iran ohne äussere Notwendigkeit die rote Linie eines erneuerten Kernwaffenprogramms überschreiten wird. Es fehlt der sicherheitspolitische Druck, und die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Kernwaffenprogramm entdeckt würde, ist zu gross.

NORDKOREA

Nordkorea wird an seinem Nuklearprogramm festhalten und auch weitere Fortschritte in seinem Raketenprogramm erzielen. Es wird nicht bereit sein, Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Nordkorea 2023 einen Kernwaffentest durchführen wird; die Vorbereitungen auf dem Testgelände sind abgeschlossen. Die Serienproduktion ballistischer Raketen für einen möglichen Einsatz in einem Koreakrieg scheint den Anforderungen des Regimes zu genügen. Das nordkoreanische Militär verfügt damit über immer mehr präzise Feststoffraketen, die gerade in der Anfangsphase eines bewaffneten Konflikts ein hohes Störpotenzial entfalten könnten. Nordkorea wird mutmasslich weiter von Dritten hochgerüstet werden, um allenfalls in einem bewaffneten Konflikt um Taiwan amerikanische Kräfte zu binden. Sollte ein solcher Konflikt länger dauern und sich auf die koreanische Halbinsel ausweiten, werden die beteiligten Parteien ihre industrielle Basis auf den Konflikt ausrichten.

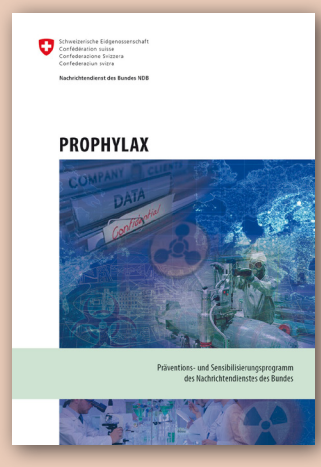
Wahrscheinlichkeitsskala



BROSCHÜREN ZUR PRÄVENTIONS- UND SENSIBILISIERUNGSKAMPAGNE

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

PROPHYLAX



TECHNOPOL

TIEFENRÜSTUNG

Der russische Krieg gegen die Ukraine ist seit Langem der erste Krieg zwischen zwei entwickelten Volkswirtschaften mit einer eigenständigen industriellen Basis. Hochintensive Kriege zwischen Industrienationen benötigen eine industrielle Basis und allenfalls deren Umbau hin zu einer Tiefenrüstung. Tiefenrüstung ist die konsequente Ausrichtung der wirtschaftlichen Ressourcen, insbesondere der Produktionsmittel, eines Staats auf die Bedürfnisse eines langanhaltenden militärischen Konflikts.

Die Tiefenrüstung umfasst klassisch eine Bevorratung von strategischen Rohstoffen – das können heute auch Halbfabrikate wie zum Beispiel gewisse Halbleiter sein – und deren gesteuerte Zuteilung an Produktionsbetriebe. Wo möglich, wird eine autarke Rohstoffversorgung angestrebt oder die Kontrolle der Transportwege zu den Rohstoffquellen ausserhalb des eigenen Herrschaftsgebiets durchgesetzt. Tiefenrüstung zeichnet sich des Weiteren durch eine hohe Normierung und Standardisierung der Produktion aus. Damit gehen eine Rationalisierung der Produktion und eine gelenkte Arbeitsteilung innerhalb der Industrie einher. Auf die Produktion von unnötigen Gütern, zum Beispiel gewisse Konsumgüter, wird verzichtet. Die dort vorhandenen zivilen Produktionsmittel werden der Herstellung verwandter militärischer Produkte zugewiesen.

Historisch wurden in jüngerer Zeit alle mehrjährigen, existenziellen Konflikte von der Seite mit der grösseren Wirtschaftskraft und deren kompromisslosem Einsatz gewonnen, auch wenn die Seite, die anfänglich auf qualitative Überlegenheit setzte (Breitenrüstung), wie zum Beispiel das nationalsozialistische Deutschland, bemerkenswerte Anfangserfolge erzielen konnte. Die Tiefenrüstung dominiert langfristig gegenüber der Breitenrüstung.

Die USA haben diese Erfahrung dreimal durchlebt: im Bürgerkrieg, im Ersten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg. Die amerikanische Industrie war qualitativ, quantitativ und flankiert durch einen weitgehend autarken Binnenmarkt in dieser Form konkurrenzlos. Der Aufstieg Chinas zur „Werkbank der Welt“ hat dies verändert. Während die USA weiterhin den Finanzraum beherrschen, gilt dies für den Produktionsraum nicht mehr.

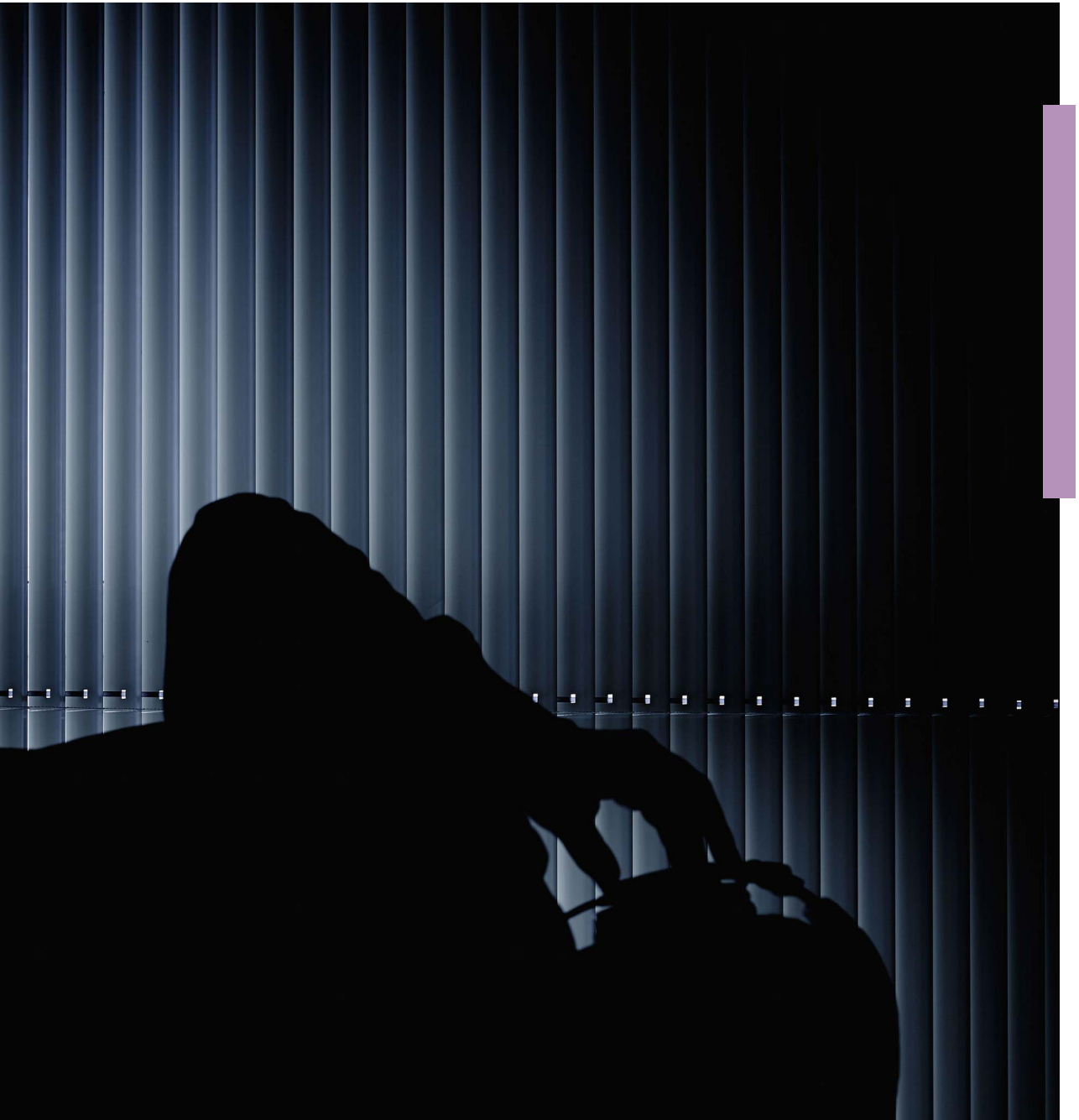
Moderne Technologien erlauben es heute auch, das Konzept der Tiefenrüstung umfassender zu gestalten beziehungsweise neue Lösungen für die immer noch gleichen Probleme zu entwickeln. Ein zentrales Problem der Tiefenrüstung besteht – vor allem in der Anfangsphase – im Erkennen und Vermeiden von Flaschenhälsen. Solche Flaschenhälse können die Verfügbarkeit von Rohstoffen, die Logistik, ein falsches Verhältnis zwischen Zulieferbetrieben und Endfertigungsbetrieben oder zentral ein Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften darstellen. Hier ist es von Vorteil, wenn ein Staat nicht nur bürokratisch lenkend, sondern auch direkt steuernd eingreifen kann.

Ein totalitärer Staat hat in der Vorbereitung einer Tiefenrüstung einen Standortvorteil. Ein Staat, der zum Beispiel ein Sozialkreditsystem eingeführt hat, kann individueller entscheiden, welche Personen im Produktionsprozess verbleiben und welche zur Truppe eingezogen werden. Besteht bereits in Friedenszeiten ein staatliches Projekt der Annäherung – oder Fusion – von militärischen und zivilen Fähigkeiten, dann ist auch schon für den Konfliktfall die Konversion der zivilen Produktion zugunsten militärischer Projekte vorbereitet. Diese Partner kennen sich bereits, sie verbindet bereits eine langjährige Zusammenarbeit.

Eine Künstliche Intelligenz, unterstützt durch die langsam einsetzenden Möglichkeiten von Quantencomputern, eignet sich auch gut zur Prozessoptimierung, wenn laufend die entsprechenden Daten zur Verfügung gestellt werden. Damit lässt sich dann im Prinzip die ganze nationale Produktionskette reaktionsschnell auf die vorgegebenen Ziele optimieren.

Ein liberaler, demokratischer Staat muss in der Frühphase einer Tiefenrüstung einschneidende Massnahmen im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit verfügen, die den eigenen Werten an sich zuwiderlaufen. Die Industrie und generell die nationalen Ressourcen sind weniger auf die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts vorbereitet. Der Umbau des eigenen Potenzials auf die Bedürfnisse eines langdauernden Konflikts verläuft also möglicherweise langsamer. Bei ähnlich starken Volkswirtschaften kann dies ein entscheidender Nachteil werden.

Abbildung 12



VERBOTENER NACHRICHTENDIENST

ANHALTEND HOHE SPIONAGEBEDROHUNG

Die Bedrohung der Schweiz durch Spionage bleibt hoch. Sie geht nach wie vor hauptsächlich von staatlichen Akteuren und insbesondere von den Nachrichtendiensten Russlands und Chinas aus.

Die im Ausland tätigen russischen Nachrichtendienste bleiben zwar hinsichtlich Spionage führend, wurden jedoch in vielen europäischen Staaten und in Nordamerika 2018 (Reaktion auf die versuchte Ermordung Sergei Skripals) und 2022 (Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine) geschwächt, teilweise empfindlich. Es wurden zahlreiche russische, als Diplomaten getarnte Nachrichtendienstangehörige ausgewiesen. In der Schweiz blieb ihre Anzahl hingegen stabil. Von den rund 220 Personen, die an den russischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Genf und Bern als diplomatisches oder technisch-administratives Personal akkreditiert sind, ist sehr wahrscheinlich nach wie vor mindestens ein Drittel für die russischen Nachrichtendienste tätig. Europaweit gehört die Schweiz auch aufgrund ihrer Rolle als Gaststaat internationaler Organisationen zu den Staaten, in denen am meisten russische Nachrichtendienstangehörige unter diplomatischer Tarnung eingesetzt werden.

China verfügt in der Schweiz über Dutzende Nachrichtendienstangehörige, die als Botschafts- oder Konsulatsmitarbeitende getarnt sind. Es sind jedoch markant weniger als russische, obwohl China mehr Personal an seinen diplomatischen und konsularischen Vertretungen beschäftigt als Russland. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die chinesischen Nachrichtendienste im Vergleich zu den russischen in höherem Ausmass nicht-diplomatische Tarnungen nutzen. Ihr Personal tarnt sich vor allem als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Journalistinnen und Journalisten oder Geschäftsleute.

KURZFILM ZUM THEMA „WIRTSCHAFTSSPIONAGE IN DER SCHWEIZ“

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

IM VISIER

RUSSISCHE SPIONAGE IN ZEITEN VON KRIEG UND KONFLIKT

Mit ihrem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die russische Führung die Arbeit ihrer Nachrichtendienste wichtiger gemacht, deren Aufgabenerfüllung aber erschwert. Sanktionen, Reise- und Visumsrestriktionen, Ausweisungen von diplomatischem Personal und ein allgemein erhöhtes Misstrauen haben einerseits die Notwendigkeit erhöht, Güter und Informationen über nachrichtendienstliche Kanäle zu beschaffen. Andererseits sorgen diese Kriegsfolgen jedoch dafür, dass sich die Umstände für russische Spionage in Europa erschwert haben:

- In einigen Staaten ist ein Grossteil des nachrichtendienstlichen Personals weggebrochen. Es ist äusserst wahrscheinlich, dass die zu unerwünschten Personen erklärten und ausgewiesenen Nachrichtendienstangehörigen in den nächsten Jahren nicht mehr auf dem europäischen Kontinent eingesetzt werden können. Deren jeweilige Landes- und Sprachkenntnisse sind nicht einfach zu kompensieren.

- Sofern sich die verbleibenden, für die Quellenführung zuständigen Nachrichtendienstangehörigen als russische Diplomatinnen und Diplomaten ausgeben, sehen sie sich mit gesteigertem Misstrauen konfrontiert. Es ist für sie deshalb sehr wahrscheinlich schwieriger geworden, neue Quellen zu rekrutieren. Auch ein Teil der bisherigen Quellen dürfte vom Krieg abgeschreckt worden sein und entschieden haben, sich weniger zu engagieren oder sich von der Quellenführerin beziehungsweise dem Quellenführer zu distanzieren.

- Die Reise- und Visumsrestriktionen haben den Aufwand für die russischen Nachrichtendienste ebenfalls erhöht. Reisen in Schengenstaaten sind wegen der Streichung direkter Linienflüge zwischen russischen und europäischen Städten grösstenteils nur über Umwege möglich. Zudem fiel im Schengenraum die Visumsbefreiung für Aufenthalte von bis zu drei Monaten für Personen mit russischem Diplomatenpass weg. Auch das Nachrichtendienstpersonal, das über einen Diplomatenpass verfügt, darf nicht mehr ohne Visum in den Schengenraum reisen.

Der Krieg eröffnet den russischen Nachrichtendiensten hingegen die Möglichkeit, vermehrt eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Flüchtlinge nach Europa zu schleusen. Die grosse Zahl Flüchtlinge sorgt wahrscheinlich dafür, dass einige Nachrichtendienstangehörige unerkannt reisen können und vorübergehend aufgenommen werden. Als Flüchtlinge eingeschleust, haben sie jedoch in der Regel nicht dieselben Zugänge und bewegen sich nicht im selben Umfeld wie die Personen mit diplomatischer Akkreditierung. Sie sind deshalb zumindest für die ersten Jahre kein valabler Ersatz.

VORGEHEN IRANS GEGEN DIE DIASPORAGEMEINSCHAFT

Neben dem Krieg gegen die Ukraine hat auch die Protestbewegung in Iran im Bereich Spionage Auswirkungen auf Europa. Die iranischen Nachrichtendienste klären schon seit Langem geflüchtete, als einflussreich taxierte Landsleute auf. Viele dieser Flüchtlinge leben seit Jahren oder Jahrzehnten in Europa, auch in der Schweiz. Die iranische Aufklärung dieser Diasporagemeinschaften dürfte sich wegen der neusten Protestwelle nochmals intensiviert haben. Der Grossteil der Aktivitäten der iranischen Dienste in Europa richtet sich sehr wahrscheinlich gegen die Diasporagemeinschaften und gegen Vertretungen von als Feinden eingestuften Akteuren – darunter Israel.

ANDERWEITIGE VERDECKTE AKTIVITÄTEN AUSLÄNDISCHER MÄCHTE

Die russischen, chinesischen, iranischen und einige weitere Nachrichtendienste sind neben der Spionage für eine ganze Reihe weiterer Aktivitäten bekannt. Diese reichen von Belästigungen und Einschüchterungen von Oppositionellen oder Botschaftsangestellten, politischer Beeinflussung über die Beschaffung kritischer, teils sanktionierter Güter bis hin zu Entführungen, Anschlägen und Sabotageakten. Mit zunehmender Kriegsdauer in der Ukraine und der Verschlechterung des Verhältnisses zu Europa dürften sehr wahrscheinlich Russlands Hemmungen abnehmen, verdeckt mehr und immer gewaltsamere Operationen in Europa durchzuführen. Die russischen Dienste dürften solche Operationen nicht immer selber ausführen. Es ist wahrscheinlich, dass russische Dienste Gewaltausübung teilweise lediglich steuern oder in Auftrag geben. Die Durchführung wird russland-freundlichen, nicht-staatlichen Akteuren überlassen. Diese können dem gewaltextremistischen oder terroristischen Milieu oder der organisierten Kriminalität entstammen.

Die Aktivitäten der chinesischen und iranischen Dienste in Europa zielen zu einem grossen Teil auf die jeweilige Diasporagemeinschaft. Die Kontrolle ihrer Gemeinschaften ist beiden wahrscheinlich wichtiger als Russland. Die Überwachung, Kontrolle und Beeinflussung der Chinesinnen und Chinesen im Ausland ist eine Aufgabe des Staats und der Kommunistischen Partei Chinas. In der Schweiz wie auch anderswo erfolgt dies nicht nur über offizielle Kanäle, sondern auch über die aktive Beteiligung vieler chinesischer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände und Organisationen. Dieselben Netzwerke werden auch von den chinesischen Sicherheitskräften (Polizei oder Nachrichtendienste) für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt.

In Bezug auf verdeckte Aktivitäten ausländischer Mächte in der Schweiz gerät der NDB rasch an seine rechtlichen Grenzen. Er erhält regelmässig Informationen, die weniger auf Spionage, sondern zum Beispiel auf Beeinflussungsaktivitäten hindeuten. Er darf diesen Indizien in den meisten Fällen nicht nachgehen, wenn sie das Territorium der Schweiz betreffen und keinen direkten Bezug zu verbotenem Nachrichtendienst aufweisen.

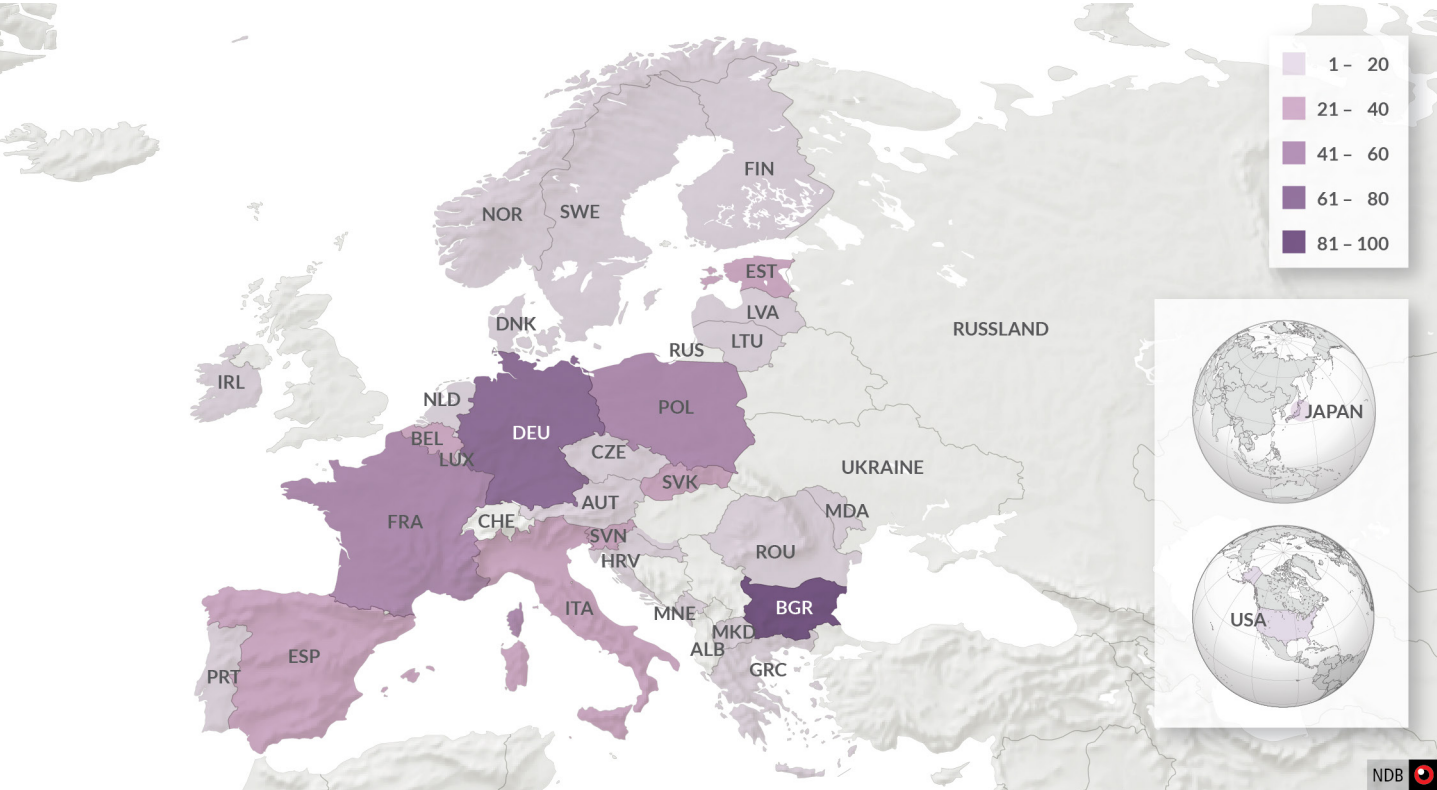
DIE SCHWEIZ IM UNO-SICHERHEITSRAT

Die Spionagebedrohung für multilaterale Organisationen und Verhandlungen ist grundsätzlich als hoch einzuschätzen. Die UNO, ihre Organe – insbesondere der Sicherheitsrat – und die hier akkreditierten Vertretungen gehören zu den davon sehr stark betroffenen Akteuren. Äusserst wahrscheinlich akzentuiert sich deshalb mit der Einsitznahme im UNO-Sicherheitsrat 2023/2024 die Spionagebedrohung für Schweizer Personen, Organisationen und Verwaltungseinheiten, die im Rahmen der UNO und deren Organen arbeiten. Sehr wahrscheinlich werden Personen besonders betroffen sein, die die Dossiers und Themen des UNO-Sicherheitsrats betreuen, zur Entscheidfindung beitragen und diese Entscheide in den Gremien und gegen aussen vertreten. Die Bedrohung wird allerdings sehr wahrscheinlich nur von wenigen Staaten ausgehen. Denn die meisten in der UNO vertretenen Staaten werden weder die Fähigkeit noch die Absicht haben, Schweizer Entitäten ständig, konsequent und vertieft aufzuklären.

RUSSISCHE, IRANISCHE UND CHINESISCHE SPIONAGE

Für die nächsten Jahre erwartet der NDB keine grossen Veränderungen hinsichtlich der Grössenordnungen der Spionageakteure und der Aufklärungsziele und -methoden dieser Akteure. Für Russland wird es in den meisten westlichen Staaten schwierig bleiben zu operieren. In der Schweiz steht den russischen Nachrichtendiensten aufgrund deren grosser Präsenz jedoch sehr wahrscheinlich mehr Spiel-

Anzahl ausgewiesener Personen auf russischen Vertretungen seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine, soweit öffentlich bekannt



raum zur Verfügung. Die Möglichkeiten und damit zum Teil das Ausmass der russischen Spionageaktivitäten hängen jedoch auch von den Entscheiden der westlichen Regierungen ab. Sie können Sanktionen verhängen, die auch die russischen Dienste treffen. Durch die Verschärfungen sehen sich die russischen Dienste möglicherweise vermehrt dazu gezwungen, ihre Offizierinnen und Offiziere als nicht-russische Staatsangehörige zu tarnen, nicht-russische Agentinnen und Agenten zu rekrutieren und mit Nachrichtendiensten von Staaten zu arbeiten, die Russland freundlich gesinnt oder von ihm abhängig sind.

Die von sozialen Unruhen und Gewalt geprägten Entwicklungen in Iran deuten darauf hin, dass die iranische Spionage in Europa eher zunehmen wird, sofern sie nicht durch ähnliche Sanktionen geschwächt wird, wie sie gegen Russland ergriffen wurden. Aufgrund bisheriger Erfahrung ist es der iranischen Führung wichtig, im In- und Ausland Personen zu identifizieren und zu kontrollieren, die aus ihrer Sicht das Regime gefährden könnten.

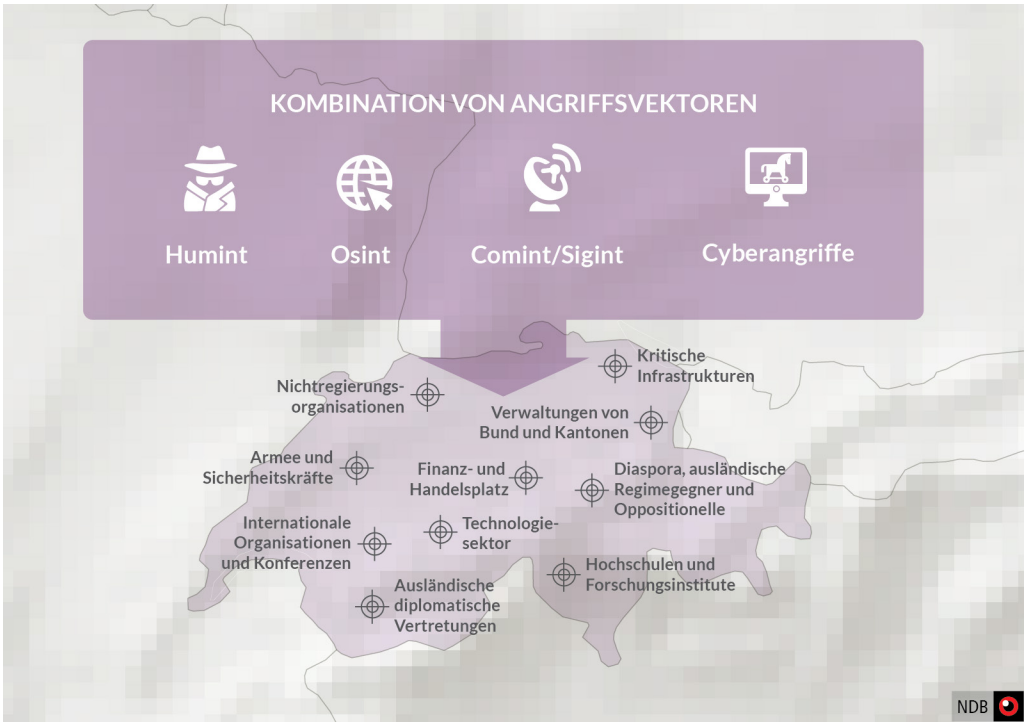
Im Schatten des Kriegs gegen die Ukraine und der Proteste in Iran, die beide medial viel Aufmerksamkeit erlangen, besteht das Risiko, dass die chinesische Spionage sich in Europa ausbreitet. Das chinesische Spionagepotenzial dürfte noch lange nicht ausgeschöpft sein. Die chinesischen Dienste verfügen über enorme technische, personelle und finanzielle Mittel. Diese werden mit der zunehmenden Macht und Bedeutung Chinas im internationalen Umfeld und der verstärkten Blockbildung wichtiger und entsprechend ausgeschöpft. Entsprechend werden chinesische Spionageaktivitäten in der Schweiz über die Jahre sehr wahrscheinlich zunehmen.

MEHR DATEN, MEHR TECHNISCHE AUFKLÄRUNG, MEHR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Mit der Digitalisierung werden immer mehr Daten übermittelt und verarbeitet. Nachrichtendienste weltweit folgen diesem Trend. Damit grosse Datenmengen effizient verarbeitet werden können, werden viele Nachrichtendienste in den nächsten Jahren immer stärker auf Fähigkeiten setzen, die auf maschinellem Lernen und Künstlicher Intelligenz basieren. Für demokratisch und rechtstaatlich verfasste Staaten bedeutet das unter anderem, dass sich der Gesetzgeber und die Aufsichtsorgane rasch und vertieft mit dem Einsatz dieser Fähigkeiten befassen müssen.

Nachrichtendienste werden zudem tendenziell noch mehr in ihre technischen Fähigkeiten investieren, um im In- und Ausland an Daten zu gelangen. Primär im Visier sein dürften Entitäten, die besonders viele und sensible Daten verwalten. Traditionell sind dies Finanzdienstleister, staatliche Verwaltungen und kritische Infrastrukturen, aber auch Unternehmen wie zum Beispiel Hotels. Dazu kommen Technologiefirmen, die soziale Medien, Kommunikationsdienstleistungen, Suchmaschinen oder sogar die digitale Überwachung eigener Objekte anbieten und entsprechend Informationen der Nutzerinnen und Nutzer sammeln.

Angriffsvektoren und Ziele von Spionage in der Schweiz



Wahrscheinlichkeitsskala

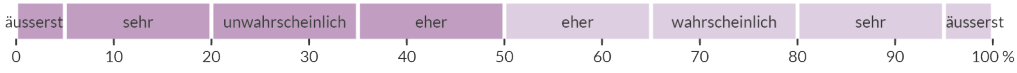


Abbildung 13

BEDROHUNG KRITISCHER INFRASTRUKTUREN

ZWEI ENTWICKLUNGEN IM CYBERBEREICH

Mit Blick auf die Bedrohung und Sicherheit kritischer Infrastrukturen im Cyberbereich beeinflussen derzeit zwei Entwicklungen die Bedrohungslage entscheidend:

- Der Krieg gegen die Ukraine stellt eine Bedrohung mit teils globalen Auswirkungen für kritische Infrastrukturen dar. Auch kritische Infrastrukturen ausserhalb des Kriegsgebiets könnten zumindest indirekt in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

- Mit zunehmender Intensität können Betreiber kritischer Infrastrukturen Opfer von Ransomware werden. Zugleich wird die Angriffsfläche grösser, weil die Interkonnektivität und die Komplexität der Lieferketten zunehmen.

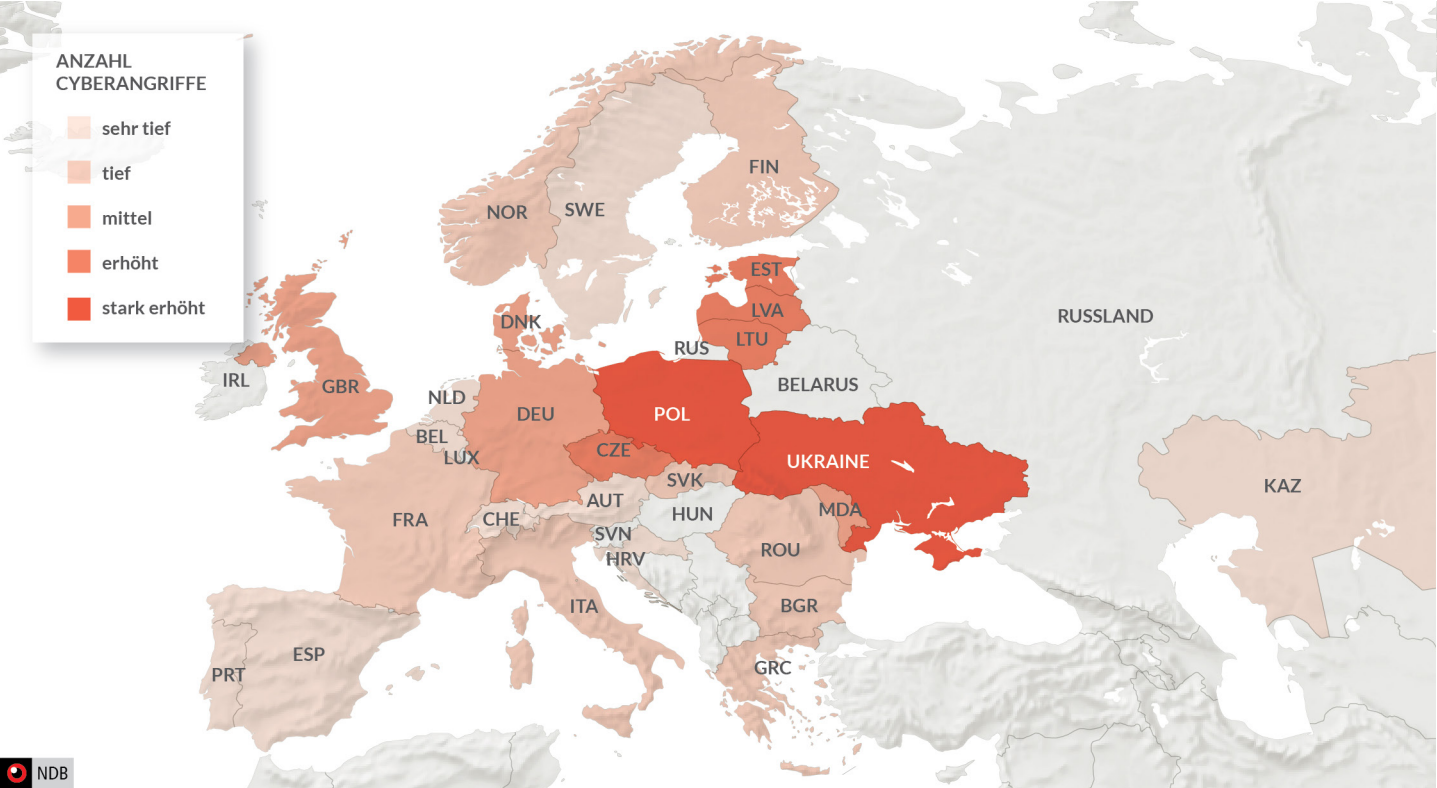
CYBERLEHREN AUS DEM KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Auch wenn der Krieg gegen die Ukraine kaum Auswirkungen auf den Cyberraum der Schweiz und anderer Staaten hatte, lassen sich bereits gewisse Lehren für 2023 ziehen. Der Krieg zeigt, wo Cyber als Mittel eingesetzt werden kann und wo die Grenzen sind:

- Cyber wird im Krieg gegen die Ukraine vor allem für Informationsoperationen oder taktische Angriffe auf primär militärischen Zwecken dienende Kommunikationsmittel genutzt.

- Cyberangriffe begleiten kinetische Angriffe, um deren Auswirkungen zu verstärken. So kann zum Beispiel kurzfristig mit Cybermitteln die Kommunikation oder Infrastruktur von

Cyberangriffe durch Hacktivisten im ersten Kriegsjahr (DDoS/Überlastungsangriffe)



Blaulichtorganisationen im Zielgebiet gestört werden, um die nachgelagerte Hilfe zu verlangsamen.

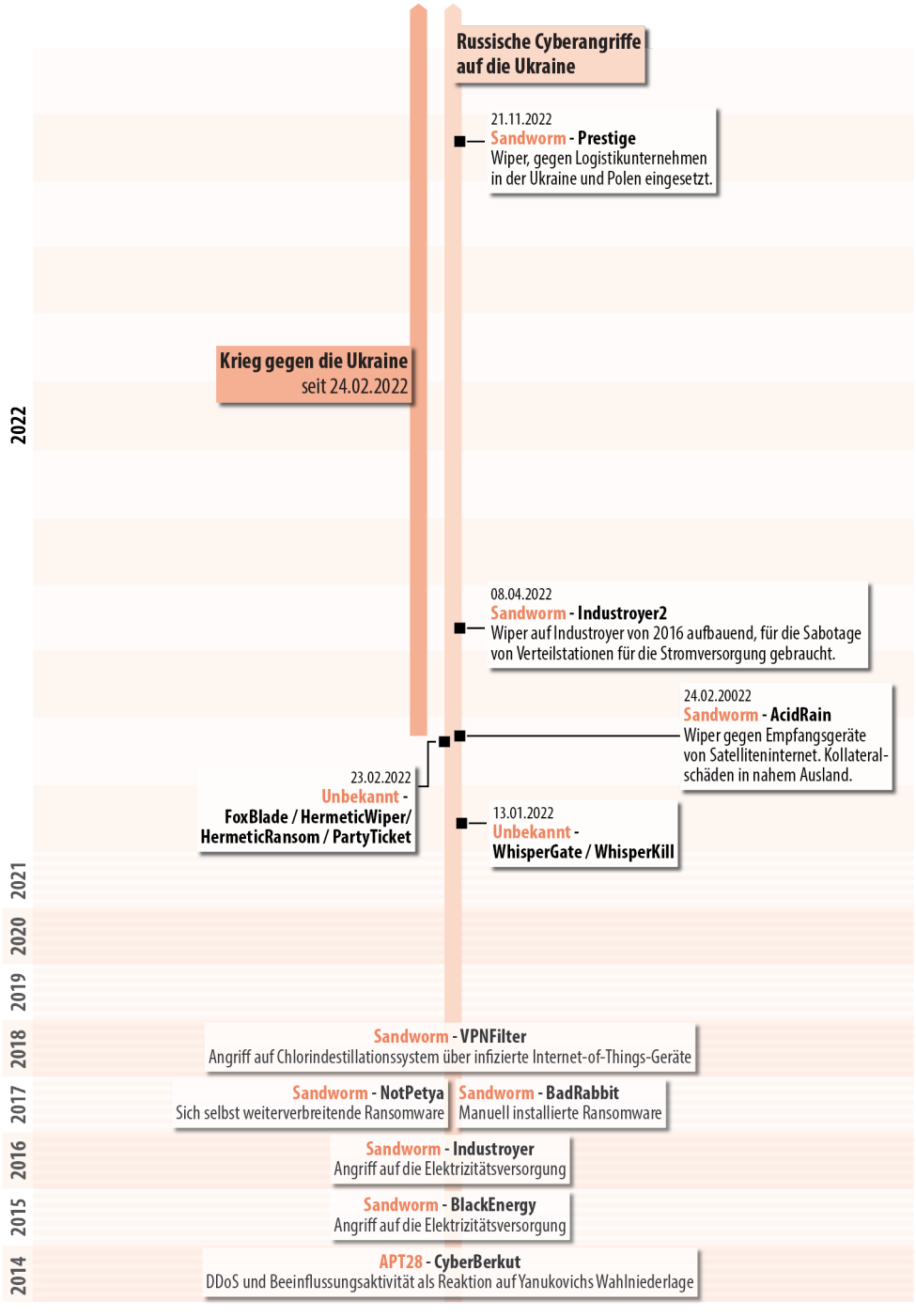
Breit angelegte Cyberangriffe auf Infrastrukturen zeigen im Konflikt allerdings nur wenig nachhaltige Wirkung, Bomben sind oft effizienter. Auch können die Kollateralschäden IT-basierter Angriffe nur schlecht kontrolliert werden. Zudem besteht das Risiko sogenannter Spillover-Effekte, das heisst einer unkontrollierten Ausweitung. Diese blieben bisher bis auf einzelne Vorfälle zu Beginn der Invasion aus. Beobachtet werden konnten dafür physische Angriffe wie zum Beispiel auf Unterwasserseekabel oder die Nord-Stream-Pipeline. Dabei ist gerade bei solchen Vorfällen ausserhalb des Kriegsgebiets eine klare Attribution oft nur schwer oder gar nicht möglich.

Mit Blick auf die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten ist allerdings weiterhin von einer Erhöhung der Aktivitäten auszugehen. Je nach Interesse des Angreifers könnten diese auch kritische Infrastrukturbetreiber treffen. Dies ist typischerweise dem erhöhten Informationsbedarf des Angreifers über die Gegenseite geschuldet, kann aber auch als Kompensationsmassnahme des Angreifers bei einer Reduktion nachrichtendienstlichen Personals in den Zielländern eingesetzt werden.

Im Umfeld der Kriegsparteien haben sich Gruppierungen gebildet, die die eigene Infrastruktur verteidigen, hauptsächlich aber der Gegenseite im Cyberraum Schaden zufügen wollen. Die Ukraine rief offiziell dazu auf, der IT-Army of Ukraine beizutreten. Gleichzeitig formierten sich russlandnahe Gruppierungen wie KillNet.

Cybersabotageangriffe durch staatliche Akteure im ersten Kriegsjahr

Übersicht russischer Cyberangriffe auf die Ukraine



Diese nicht-staatlichen Akteure werden auch künftig eine Bedrohung unter anderem für kritische Infrastrukturen darstellen, da sie nicht immer direkt unter Kontrolle einer der beiden Kriegsparteien stehen und entsprechend eine eigene Zielidentifikation betreiben.

RANSOMWAREANGRIFFE

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine konnte beobachtet werden, dass sich generell die Anzahl Meldungen über Ransomwareangriffe auf Unternehmen und Anbieter kritischer Dienstleistungen kurzzeitig reduzierte. Dies hatte wohl primär zwei Gründe:

- Die Gruppierungen mit russischen und ukrainischen Mitgliedern zerstritten sich; deren Mitglieder griffen sich in einzelnen Fällen sogar gegenseitig an.

- Diverse Gruppierungen begannen damit, sich im Krieg zu engagieren, waren also anderweitig beschäftigt.

Im zweiten Quartal 2022 nahmen finanziell motivierte Ransomwareangriffe wieder zu. Die Täter erreichten dabei in manchen Fällen ihr Ziel, so etwa beim Angriff auf die Verwaltung in Costa Rica oder auf eine Gemeinde in Deutschland. Beide Male musste der Notstand ausgerufen werden. Die Zunahme solcher Angriffe zeigt, dass sich Gruppierungen, die mit Ransomwareangriffen an Geld zu kommen versuchen, unterdessen wieder formiert und konsolidiert haben. Die Zahl der Angriffe erreicht wieder das Niveau von vor Beginn des Kriegs gegen die Ukraine. Gerade mit Blick auf die mögliche Ahndung der Delikte werden die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden erschwert, wenn deren Urheberschaft in Russland zu suchen ist.

ERHÖHTE BEDROHUNG FÜR KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Die Bedrohung für kritische Infrastrukturen durch kriminelle Gruppierungen, die mit Ransomware und dem Abfassen sensitiver Daten zu Geld kommen wollen, bleibt erhöht. Diese Gruppierungen wählen ihre Opfer in erster Linie opportunistisch aus, nutzen also sich bietende Gelegenheiten. Um allfällige Konsequenzen eines Ausfalls kritischer Infrastrukturen machen sie sich kaum Gedanken. Im Fokus werden erfahrungsgemäss jene Sektoren stehen, die wegen der Lage bereits unter Belastung stehen, zum Beispiel der Energiesektor.

Ganz grundsätzlich eröffnen sich mit der fortschreitenden Digitalisierung, insbesondere auch im Bereich der Lieferketten, gerade auch bei kritischen Infrastrukturbetreibern neue Angriffsmöglichkeiten für kriminelle oder staatliche Akteure. Mit Blick auf den Krieg gegen die Ukraine bleibt eine direkte Bedrohung für die Schweiz zwecks Sabotage sehr unwahrscheinlich. Allerdings bleibt die Bedrohung durch Angriffe krimineller Akteure, die auch zu disruptiven Resultaten führen können, weiterhin erhöht.

AUSWIRKUNGEN DES KRIEGS GEGEN DIE UKRAINE

Mögliche Spillover-Effekte einzelner staatlicher Aktionen im Rahmen des Kriegs gegen die Ukraine führen indirekt zu einer erhöhten Bedrohung für kritische Infrastrukturen. Dabei sind nicht Schweizer kritische Infrastrukturen das Hauptziel, aber Abhängigkeiten können zu einer Störung, einem Teilausfall oder einer temporären Limitierung der kritischen Dienstleistungen führen. Eine direkte Bedrohung im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine bleibt sehr unwahrscheinlich.

Die Aktivitäten der im Krieg engagierten, nicht-staatlichen Akteure bleiben das Hauptproblem. Die Bedrohung und die Unberechenbarkeit, die von diesen Aktivitäten ausgehen, dürfen nicht unterschätzt werden, auch wenn diese Akteure bisher eher mit Ankündigungen aufgefallen sind als mit deren Umsetzung.

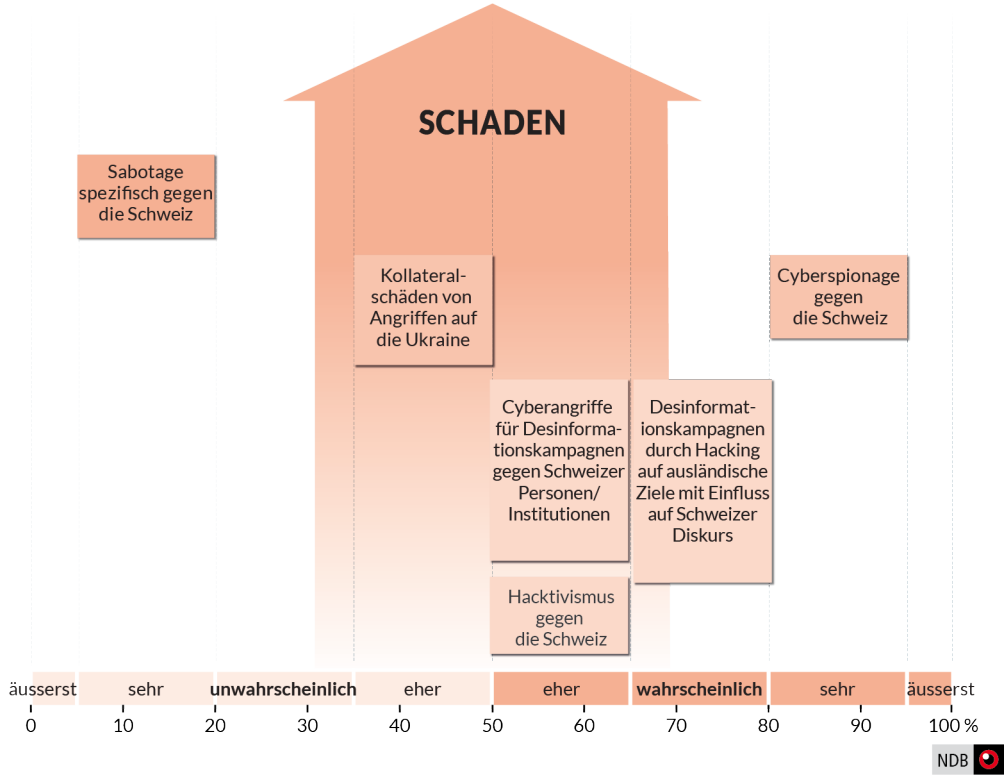
Im Rahmen diverser internationaler Bestrebungen, namentlich im Rahmen der UNO, OSZE und weiterer Organisationen, setzt sich die Schweiz seit Jahren für die Einhaltung von Normen zum verantwortungsvollen Umgang von Staaten im Cyberbereich ein. Darunter auch das Primat der Due-Diligence, das besagt, dass Staaten ihr Territorium nicht für kriminelle oder staatliche Angriffe auf kritische Infrastrukturen zur Verfügung stellen dürfen beziehungsweise gegen solche Angriffe vorgehen müssen. Mit Blick auf die Herausforderungen und Bedrohungen, die von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren für kritische Infrastrukturen ausgehen, werden die Einhaltung solcher Normen und das Bestehen darauf ein Fokus bleiben.

Offen bleibt zudem, wie Staaten reagieren werden, falls eine solche Gruppierung kritische Infrastrukturen schädigt. Obwohl nicht offiziell Konfliktpartei, sind diese Gruppierungen dennoch zumindest indirekt in das Kriegsgeschehen involviert, und in einzelnen Fällen ist unklar, wie unabhängig sie tatsächlich agieren. Dies erschwert eine klare Attribution und kann zu einer falschen Schuldzuweisung oder zur Eskalation führen. Die Nato betont, dass ein erfolgreicher Cyberangriff auf kritische Infrastrukturen eines Mitgliedsstaats kollektive Beistandsverpflichtungen im Sinn von Nato-Vertrag Artikel 5 auslösen könnte.

KINETISCHE ANGRIFFE AUF KRITISCHE INFRASTRUKTUREN BLEIBEN MÖGLICH

Dass meist finanzielle Motive hinter den festgestellten Cyberangriffen stehen, schliesst andere Motive nicht aus. Gewalttätig-extremistische, terroristische, nachrichtendienstliche oder machtpolitische Motive sind auch möglich. Entsprechend verfolgt die Täterschaft damit andere Ziele, die bis hin zu Sabotage reichen können. Bedrohungen für kritische Infrastrukturen gehen nicht allein von Cybermitteln aus. Auch physische Angriffe aus allen genannten Motiven sind möglich.

Mögliche Folgen des Kriegs in der Ukraine für die Schweiz im Cyberbereich



KENNZAHLEN 2022

Destination Statement des NDB

Wir leisten massgebliche Beiträge zur sicherheitspolitischen Früherkennung und Entscheidungsfindung, zum Schutz der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz und zur Wahrung internationaler Sicherheitsinteressen.

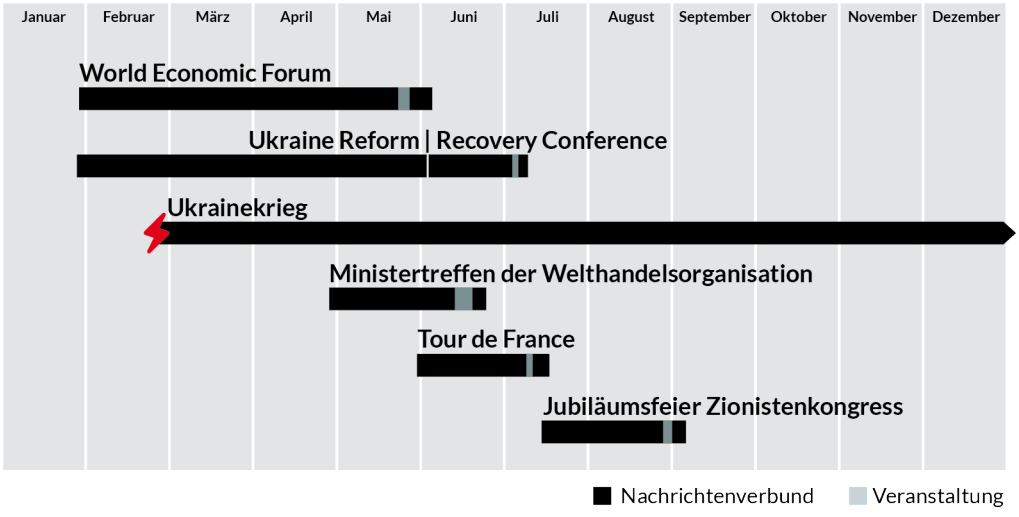
LAGEBEURTEILUNG

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB die erheblichen Bedrohungen für die Schweiz identifiziert und darüber berichtet.

Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Der NDB bedient diese auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit Informationen und Erkenntnissen aus allen Bereichen des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) und des klassifizierten Grundauftrags des NDB, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form.

Nachrichtenverbund

Der NDB unterstützte 2022 die Kantone mit sechs von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbunde.



AMTSBERICHTE

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB den zuständigen Behörden zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren unklassifiziert Informationen übergibt.

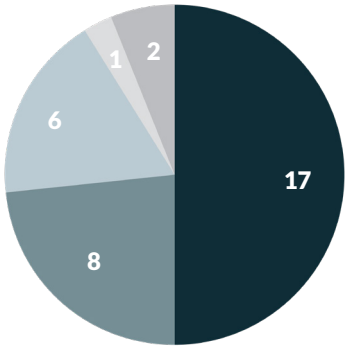
So stellte der NDB 2022 der Bundesanwaltschaft 17 und anderen Bundesbehörden wie dem Bundesamt für Polizei, dem Staatsekretariat für Migration oder dem Staatsekretariat für Wirtschaft 17 Amtsberichte (ohne Nachträge zu bereits bestehenden Amtsberichten) zu.

INTERNATIONALE KOOPERATION

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB mit ausländischen Behörden zusammenarbeitet, die Aufgaben im Sinn des NDG erfüllen. Er vertritt hierzu die Schweiz unter anderem in internationalen Gremien.

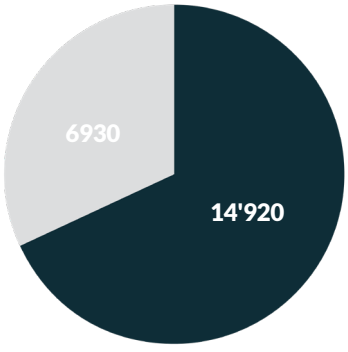
Im Einzelnen pflegt der NDB den Nachrichtenaustausch mit über hundert Partnerdiensten verschiedener Staaten und mit internationalen Organisationen. Dazu gehören die zuständigen Stellen bei der UNO sowie Institutionen und Einrichtungen der EU, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen.

An Bundesbehörden eingereichte Amtsberichte nach Bereichen
Total 34



- Terrorismus
- Gewaltextremismus
- Verbotener Nachrichtendienst
- Proliferation
- Keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen

Austausch von Informationen mit Partnerdiensten



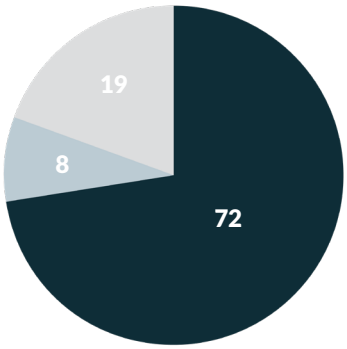
- Meldungen mit Aufgabenbezug von ausländischen Partnerdiensten
- An ausländische Partnerdienste weitergeleitete Meldungen

SENSIBILISIERUNGS-PROGRAMM

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB zusammen mit den Kantonen Programme zur Schärfung des Bewusstseins für illegale Aktivitäten in den Bereichen Spionage und Proliferation unterhält.

Im Rahmen des Sensibilisierungsprogramms Prophylax nimmt der NDB Kontakt mit Unternehmen auf. Ähnliche Arbeit leistet er im Rahmen des Sensibilisierungsmoduls Technopol an Hochschulen, Forschungsinstituten sowie in Bundesämtern.

Ansprachen und Sensibilisierungen
Total 99



- Ansprachen und Sensibilisierungen mit Unternehmen
- Sensibilisierungen mit Hochschulen usw.
- Weitere Sensibilisierungen

Fünf Herausforderungen für Nachrichtendienste

Lern- und Anpassungsfähigkeit

Komplexes internationales Umfeld

Exponentieller technologischer Fortschritt

Entwicklung des gesetzlichen Rahmens

Transformation der traditionellen Nachrichtendienstberufe

Agile Methoden des Organisationsmanagements

GENEHMIGUNGSPFLICHTIGE BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB in Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen kann.

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen sind in Artikel 26 ff. NDG geregelt: Diese Massnahmen müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und nach Konsultation des Vorstehers des Eidgenössisches Departements für auswärtige Angelegenheiten und der Vorsteherin des Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartements von der Vorsteherin des Departements für Verteidigung Bevölkerungsschutz und Sport freigegeben werden.

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen werden für maximal drei Monate genehmigt. Nach deren Ablauf kann der NDB einen begründeten Verlängerungsantrag für maximal weitere drei Monate stellen. Die Massnahmen unterstehen einer engen Kontrolle durch die Unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen

Aufgabengebiet (Art. 6 NDG)	Operationen	Massnahmen
Terrorismus	**1**	**3**
Verbotener Nachrichtendienst	**2**	**71**
NBC-Proliferation	**0**	**0**
Angriffe auf kritische Infrastrukturen	**1**	**18**
Total	**4**	**92**

Von den Massnahmen betroffene Personen

Kategorie	Anzahl
Zielpersonen	**12**
Drittpersonen (laut Art. 28 NDG)	**1**
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	**13**
Total	**26**

Zählweise

- Bei den Massnahmen wird eine genehmigte und freigegebene Verlängerung (mehrmals möglich für maximal je drei Monate) als neue Massnahme gezählt, da diese im ordentlichen Prozess neu beantragt und begründet werden musste.
- Operationen und betroffene Personen werden hingegen nur einmal jährlich gezählt, auch bei Massnahmeverlängerungen.

KABELAUFKLÄRUNG

Mit dem NDG hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Art. 39 ff. NDG).

Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert.

Die Kabelaufklärung kann aber nur mit der Verpflichtung schweizerischer Betreiberinnen von leitungsgebundenen Netzen und Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen durchgeführt werden, die entsprechenden Signale an das Zentrum elektronische Operationen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Deshalb sieht das NDG in Artikel 40 f. für die Anordnungen an die Betreiberinnen beziehungsweise die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor.

Ende 2022 waren 3 Kabelaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

FUNKAUFKLÄRUNG

Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Art.38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf.

In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender. Im Gegensatz zur Kabelaufklärung ist die Funkaufklärung genehmigungsfrei, weil bei der Funkaufklärung keine Verpflichtung von Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen zum Erfassen von Signalen notwendig ist.

Ende 2022 waren 30 Funkaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

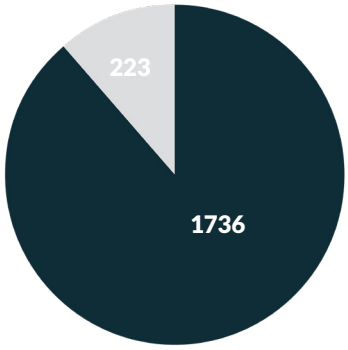
ÜBERPRÜFUNGEN IM BEREICH AUSLÄNDERDIENST UND ANTRÄGE AUF EINREISEVERBOT

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB bestimmte Personen aus dem Ausland auf eine mögliche Gefährdung der inneren Sicherheit des Landes prüft.

Ist der NDB der Auffassung, dass die betroffene Person ein potenzielles Risiko darstellt, kann er die Ablehnung des Antrags empfehlen oder bei den zuständigen Behörden Vorbehalte geltend machen. Je nach Gesuch kann es sich dabei um das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, das Staatssekretariat für Migration oder das Bundesamt für Polizei handeln.

	Gesamtzahl der Prüfungen	Empfehlung auf Ablehnung
Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie von internationalen Funktionärinnen und Funktionären	**6095**	**6**
Visumsgesuche		**1**
Gesuche um Stellenantritt und Aufenthaltsbewilligung im ausländerrechtlichen Bereich		**1**
Asyldossiers	**713**	**1**
Einbürgerungsgesuche	**45'147**	**0**
Datensätze im Rahmen des Schengen-Visakonsultationsverfahrens Vision	**1'106'917**	**5**
API-Daten (Advance Passenger Information) *API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten ergeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden.*	**2'272'799 Personen auf 14'071 Flügen**	

PERSONENSICHERHEITS-PRÜFUNGEN

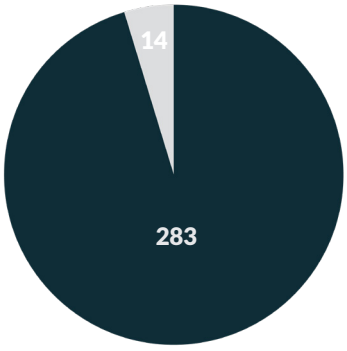


Auslandabklärungen
Vertiefte Abklärungen
zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen

Die Personensicherheitsprüfung stellt eine präventive Massnahme zur Wahrung der inneren Sicherheit der Schweiz sowie zum Schutz ihrer Bevölkerung dar. Sie erfolgt bei Personen in sicherheitsempfindlichen Funktionen mit Zugang zu klassifizierten Informationen, Materalien oder Anlagen.

Für die Bundeskanzlei und die Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen des VBS führt der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen Auslandabklärungen und vertiefte Abklärungen zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen durch.

Anträge auf Einreiseverbot



Verfügt
Noch in Bearbeitung Ende 2022

Von den 297 Einreiseverboten zur Wahrung der Sicherheit Schweiz„ die der NDB beim Bundesamt für Polizei beantragt hat, wurden 283 ausgesprochen. 14 Anträge waren bei Jahresende noch in Bearbeitung. Kein Antrag wurde an den NDB zurückgewiesen.

TRANSPARENZ

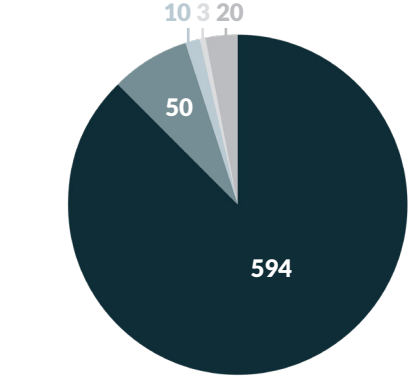
2022 gingen insgesamt 675 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 8 Datenschutzgesetz ein. Zudem wurden 2 Nachfragen zu früheren Gesuchen eingereicht. 594 Gesuchstellerinnen oder Gesuchsteller erhielten eine vollständige Antwort: Der NDB erteilte ihnen vollständig Auskunft darüber, ob und falls ja, welche Daten er zum Zeitpunkt des Gesucheingangs über sie bearbeitet hatte.

In 50 Fällen wurde die Antwort aufgrund von Geheimhaltungs-/Drittinteressen aufgeschoben oder verweigert (Art. 63 Abs. 2 NDG / Art. 9 Abs. 2 DSG).

In 13 Fällen wurden die formellen Voraussetzungen (wie zum Beispiel das Erbringen des Identitätsnachweises) für die Bearbeitung eines Gesuchs nicht erfüllt: 10 Gesuche, bei denen der Mangel trotz entsprechender Aufforderung nach drei Monaten nicht behoben wurde, wurden als gegenstandslos abgeschrieben, bei 3 weiteren Gesuchen bestand am 31. Dezember 2022 noch die Möglichkeit, den formellen Mangel innert der Dreimonatsfrist zu beheben. 20 Auskunftsgesuche waren Ende 2022 noch unbeantwortet.

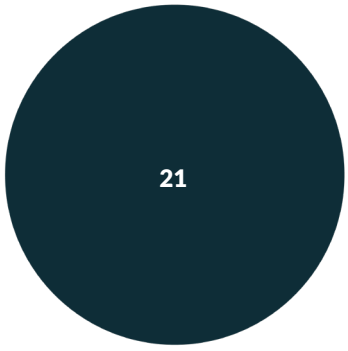
2022 gingen beim NDB 21 Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) ein.

Auskunftsgesuche
Total 677
(davon 2 Nachfragen zu früheren Gesuchen)



- Übermittelte Antworten
- Aufgeschobene oder verweigerte Antworten
- Gesuche als gegenstandlos abgeschrieben (Frist abgelaufen)
- Gesuche mit formellen Mängeln zur Behebung innert drei Monaten (Frist offen)
- Auskunftsgesuche Ende 2022 noch unbeantwortet

Zugangsgesuche



PERSONAL UND FINANZEN

Der NDB legt besonderen Wert auf Familienfreundlichkeit. Er ist 2016 als eines der ersten Bundesämter als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden.

Der NDB vertritt die Grundwerte „Vertrauen“, „Zusammenhalt“ und „Professionalität“.

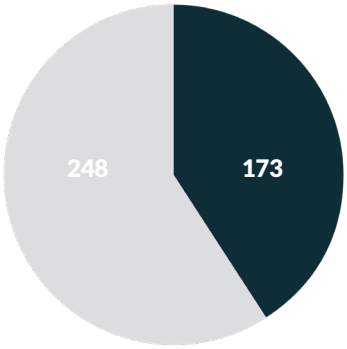
Herz des Dienstes sind hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Dutzenden Berufen. Für viele von ihnen gehören weltweite Dienstreisen zum Alltag.

Der NDB spricht alle Landessprachen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Lage, eine Vielzahl von Sprachen zu verstehen und sich darin auszudrücken. Der NDB fördert grösstmögliche Diversität auch als Mittel zu besserer nachrichtendienstlicher Teamleistung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Total 421

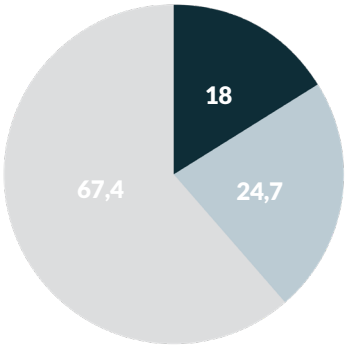
(Stand Ende 2022)



- Mitarbeiterinnen
- Mitarbeiter

Finanzen

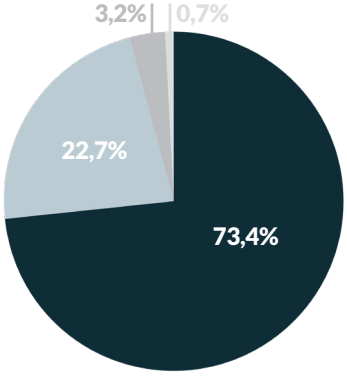
in Millionen Franken



- Personalaufwand
- Sach- und Betriebsaufwand
- Abgeltung an die Kantone für ihre Nachrichtendienste

Aufteilung nach Sprachen

(Stand Ende 2022)



- Deutsch
- Französisch
- Italienisch
- Rätoromanisch

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Umschlag: In der Region von Kharkiv, Ukraine, 13. Dezember 2022
© Keystone / EPA / Sergiy Kozlov

1 2023 und 2024 nimmt die Schweiz als nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat Einsitz. NewYork, 25. Mai 2023
© Keystone / Alessandro della Valle

2 Türkischer Drohnenangriff in der Nähe der syrischen Stadt al-Qahtaniyah, 23. November 2022
© Keystone / AFP / Gihad Darwish

3 Chinesische Militärübung um Taiwan, 5. August 2022
© Keystone / Xinhua / Lin Jian

4 Veränderungen russischer Gebietskontrolle im ersten Kriegsjahr
Datengrundlage: The Economist, Data from satellites reveal the vast extent of fighting in Ukraine, 23. Februar 2023

5 Verurteilung der Aggression Russlands gegen die Ukraine
Datengrundlage: UNO

6 Nukleares Eskalationsrisiko
Datengrundlage: Stiftung Wissenschaft und Politik, 1. Februar 2023

7 Eröffnungszeremonie des 20. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, Peking, 16. Oktober 2022
© Keystone / AP / Mark Schiefelbein

8 Prozess gegen den Urheber des Anschlags von Morges, Bundesstrafgericht in Bellinzona, 12. Dezember 2022
© Keystone / Linda Graedel

9 Symbolbild
© VBS / Nicola Pitaro

10 Demonstration gegen die Räumung des Koch-Areals, Zürich, 18. Februar 2023
© Keystone / Ennio Leanza

11 Ausstellung zum iranischen Nuklearprogramm, Teheran, 8. Februar 2023
© Keystone / AP / Vahid Salemi

12 Symbolbild
© Keystone / Westend61 / Daniel Schweinert

13 Symbolbild
© VBS / Clemens Laub

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
Mai 2023

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.23d
ISSN 1664-4670

SICHERHEIT SCHWEIZ

Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern

www.ndb.admin.ch / info@ndb.admin.ch